

cuba:

THE TEST OF TIME



Latin America
Bureau, 1989

142 S.
DM 14,50

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenastr.2
1000 Berlin 61

Cuba: The Test of Time describes the mixture of achievement and obstacle that makes up modern Cuba. At a time when Cuba is seeking its own radical alternative to Soviet perestroika and glasnost, the book provides an up-to-date inside look written by a social historian who has lived in Cuba for 20 years.

'Jean Stubbs has written a most informative and fair minded survey of the achievements and problems of a revolution under blockade.' (New Left Review)

LATEIN AMERIKA

189 FEBRUAR 1990
DM 5,-

NACHRICHTEN



USA

Krieg lohnt sich wieder!

Editorial	3
ARGENTINIEN: Peronistische Planwirtschaft	4
BRASILIEN: Jäger der Maharadschas wird Präsident	11
CHILE: Was bringen die Wahlen den ChilenInnen?	18
Vom siegenden Volk zu den gewinnenden Leuten	24
PANAMA: Invasion in Panama	28
Vorspiel und Chronologie	30
Reaktion der OAS: Bedauerlich	34
EL SALVADOR: Dialog und Offensive	40
Aufklärung oder Bauernopfer	43
Trotz alledem: Rücksiedlungen gehen weiter	45
NICARAGUA: Wahlen	47
Nicaragua braucht eine eigene Stimme	53
HONDURAS: Wahlen, die nichts ändern	54
REZENSION: Von der Bananenrepublik zum Flugzeugträger	59
KUBA: »Socialismo o Muerte«	61
FILM: Lateinamerikanisches Kino auf dem Festival von Havanna	65
PERU: Sendero versus Fortschrittsmythos	69
KURZNACHRICHTEN	77
ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
TERMINE	79
EINGEGANGENE BÜCHER	80

ca. Feb. 2

Impressum

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 189

Februar 1990

Jahrgang 17 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich

(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Thomas Fatheuer, Ulrich Goedeking

Druck: H&P Druck, Berlin-West

Redaktionsschluß: 15. Januar 1990

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-

Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrsweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

im Mehringhof

Gneisenastraße 2

1000 Berlin 61

Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

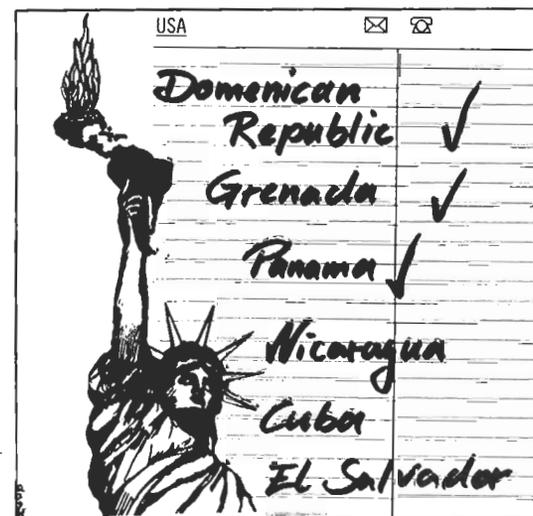
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Es war in der letzten Woche nicht ganz einfach, der Macht der Bilder zu entrinnen: Da wurde uns die Revolution in Rumänien, die Entmachtung und das Ende des grausamen "Conducators" in bewegenden Bildern vorgeführt - dann Schnitt: der nächste Diktator muß dran glauben, Noriega in Panama. Blut und befreite Massen allerorten. Die fatale Parallelität der Bilder wirkt viel stärker als die nur sehr schüchtern formulierten liberalen Einwände: Bombardierung von Wohnvierteln, Bruch des Völkerrechts.

Viele hatten schon geglaubt, imperialistische Hegemonie werde nur noch indirekt, über die Mechanismen des Weltmarktes ausgeübt. Jetzt haben wir ein brutales Rivival größter Kanonenbootpolitik erlebt. Ermutigt durch den "Erfolg" in Panama schickte Bush gleich Kriegsschiffe nach Kolumbien. Die Drogenmafia gibt in Lateinamerika ein äußerst strapazierfähiges Feindbild ab. Die Solidaritätsbewegung stand der US-Aktion ziemlich konsterniert und ohnmächtig gegenüber. Zu Demonstrationen ließ sich kaum jemand hinterm Ofen (Fernseher?) hervorlocken. So hatte man sich die Verwirklichung der alten Parole "Schafft ein, zwei, drei, viele Vietnams" wohl nicht vorgestellt.

Dennoch: Die Zeichnung verweist auf eine schlimme Möglichkeit und nicht auf eine zwingende Konsequenz. Um zu verhindern, daß die USA in Lateinamerika agieren, als handele es sich um Innenpolitik, bedarf es auch einer starken Solidaritätsbewegung in den Metropolen. Die Reste einer kritischen, antiimperialistischen Öffentlichkeit dürfen auch angesichts des Ost-West-Taumels nicht verstummen!



ARGENTINIEN

Peronistische Planwirtschaft

Grünes Licht für den freien Dollar



Die trügerische "Stabilität" der Monate August bis Oktober ist vorüber. Seit November steigt die Inflation wieder rasant an. Eine ähnlich hoher Anstieg der Inflation und die damit einhergehende Spekulationswelle hatten Mitte des Jahres die Regierung Alfonsin vorzeitig zum Rücktritt gezwungen. Nach gerade erst sechs Monaten Amtszeit bleibt dem peronistischen Präsidenten Menem diese Ausflucht nicht. So bringt die Notwendigkeit zur Inflationsbekämpfung seit Dezember in immer kürzeren Abständen unterschiedliche Wirtschaftsprogramme hervor und hat mittlerweile auch den zweiten Wirtschaftsminister, Rapanelli, verschlissen. Kontinuität demonstriert die Regierung nur bei Absichtserklärungen zur Rationalisierung des Staates: In jedem neuen Wirtschaftsplan wird aufs Neue die Privatisierung von Staatsbetrieben in einem Umfang zugesichert, der wie die "Versteigerung des Jahrhunderts" anmutet.

Die ArgentinierInnen rutschten ins neue Jahr und von einem ökonomischen Chaos ins nächste. Die Inflationsrate stieg im Dezember wieder auf etwa 100% und erreichte damit den zweiten Höhepunkt des Jahres 89. Bereits im Juni hatte eine Hyperinflationsswelle zu Plünderungen von Lebensmittelläden geführt und die Regierung Alfonsin gezwungen, vorzeitig abzutreten. (vgl. LN 183/184). In den "kritischen Zonen" vom Juni

ließ die Regierung Menem nun vorsorglich Milch und Brot verteilen und Polizeitruppen patrouillieren.

Diesesmal wurden die Supermärkte nicht geplündert, sondern leergekauft. Viele wollten ihre Australes (arg. Währung), deren Wert ständig sinkt, so schnell wie möglich ausgeben. Aber am 29. Dezember schlossen die HändlerInnen ihre Geschäfte, weil sie keine Australes annehmen wollten. Die Banken waren nicht mehr in der Lage, die Sparguthaben zurückzuzahlen, deren Monatszinsen sie bis auf 700% (!) erhöht hatten, um überhaupt noch Einlagen zu bekommen. Als das Jahr 89 zu Ende ging, gab es keine Lebens- und Arzneimittel zu kaufen, die Hälfte der Banken war zahlungsunfähig und die Verkehrsmittel standen wegen Treibstoffmangels still.

BB II: "Ja mach nur einen Plan und sei ein großes Licht.."

Rapanelli, ehemaliger Vizepräsident des größten argentinischen Multi Bunge & Born hatte das entsprechende Wirtschaftsprogramm "BB" vertreten, das im Hause eben dieses Konzerns ausgearbeitet worden war (vgl. LN 183/184, 185). Als erster Schritt sollte mit Hilfe eines dirigistischen Notprogramms die ökonomische Situation stabilisiert werden, um später zur vollständigen Liberalisierung zu gelangen.

Am 10. Dezember wurde mit dem Anpassungsplan "BB II" eingestanden, daß das "Schockprogramm" zur Bekämpfung der Inflation gescheitert war. Der Kernpunkt des "Schocks", ein Lohn und Preisstop, war weder von Seiten der Unternehmen eingehalten worden, noch konnte sich die Regierung völlig gegen die Lohnforderung der Gewerkschaften wehren. Durch die weiterhin vorhandene Inflation sanken die Reallöhne ständig. Kurz, die Regierung Menem hatte schon nach drei Monaten das Vertrauen und die Unterstützung der Gewerkschaften und der Unternehmen verloren.

Nach dem Scheitern der Anpassung spiegelte der Plan BB II vom 10. Dezember die Konfliktlinien der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Regierung wider. Einige Elemente des "BB II" trugen die Handschrift der Neoliberalen um Rapanelli: Abwertung des Austral (von 650 auf 1000 Australes pro US-Dollar), Teilliberalisierung des Devisenmarktes (für den Handel galten weiter festgelegte Wechselkurse, während die Finanztransaktionen freigegeben wurden) und die Entlassung mehrerer Firmen aus den Preiskontrollen. Allerdings fanden sich im "BB II" auch Maßnahmen, die eher den Kritikern innerhalb



Panik im Supermarkt

der Regierung um Innenminister Bauza zuzuschreiben waren: die Rückzahlung der staatlichen Inlandsanleihen sollten auf zwei Jahre gestreckt und die Exportabgaben um 11% angehoben werden.

Vor allem gegen die letzte Maßnahme und für eine völlige Liberalisierung der Preise und Wechselkurse gab es einen regelrechten Krieg der Exporteure. Diese zehn bis fünfzehn Großunternehmen (capitanes de la industria) verfügen über ein wirksames Mittel, um die Inflation anzukurbeln und den Staat unter Druck zu setzen. Sie halten ihre Devisen zurück und trocknen so die größte Einnahmequelle des Staates aus. Diese Methode hatte auch entschieden zur Hyperinflation der ersten Jahreshälfte 89 und zum Sturz der Regierung Alfonsín beigetragen.

Am 15. Dezember führte dieser Druck zur Rotation von Menems Männern auf Regierungssesseln und anderen hohen Posten, wie der Leitung der Zentralbank. Paradoxerweise drehte das Karussell sowohl den "Liberalen" Rapanelli als auch seinen Kritiker, den "Peronisten" Bauza in den Hintergrund. Rapanelli wurde durch Ermán González ersetzt, dem früheren Finanzminister unter Menems Provinzregierung in La Rioja. Innenminister Bauza wurde auf dessen Posten als Gesundheits- und Sozialminister

herabgesetzt. Der Gewinner war Menem: Beide Konfliktparteien in der Regierung waren ausgeschaltet.

Sup-Ermán tritt auf den Plan

Ermán González wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation waren das genaue Gegenteil des BB-Plans. Am 20. Dezember hob er alle interventionistischen Steuerungselemente wie Lohn- und Preisstops auf und verkündete die Rückkehr zur freien Preisbildung an Güter- und Devisenmärkten. Auch die Erhöhung der Exportabgaben ließ er wieder streichen. Damit sollten die Exporteure dazu gebracht werden, die zurückgehaltenen Exportgeschäfte endlich abzuwickeln, was dem Staat einen Devisenzufluß von ca. 1-2 Mia. US-Dollar einbringen würde.

Doch auch diese völlige Liberalisierung hatte nicht den gewünschten Effekt: die Inflation stieg weiter, es kam zu den genannten Hamsterkäufen und zum wirtschaftlichen Stillstand der Jahreswende.

"Die Reaktion der Menschen kam noch unerwarteter als die des Marktes", zitiert die Zeitung "Página 12" einen Minister. Dies macht deutlich, daß die argentinischen PolitikerInnen völlig realitätsfern nicht erwarteten, was allen klar war: kilometerlange Schlangen vor den



"Und wo kriegst Du Deine Dollars her?"



"Früher habe ich vor den Kirchentoren gebettelt, aber jetzt bettele ich vor den Banken, und du?"

"Erstmal bleibe ich vor den Banken, aber nächste Woche werde ich wieder vor einer Wechselstube arbeiten".

Tankstellen, vor den Apotheken, vor den Warenhäusern, vor den Banken. Somit bedeutet "der Markt" für die PolitikerInnen nicht etwa die gesamte Gesellschaft, nicht etwa Angebot und Nachfrage, sondern die 10-15 Unternehmenskonglomerate, in denen traditionelle Familien mit neureichen Bankiers und großen Exporteuren zu einem Interessensblock verschmelzen.

Auch der politische Führungsstil Menems wirkte extrem verunsichernd und heizte die Spekulation an. Zunächst sickerte die Information durch, daß eine "Dollarisierung" der Wirtschaft bei einem Wechselkurs von ca. 5000 Australes pro US-Dollar geplant sei. Tatsächlich wurde von González am 1. Januar ein ganz anderer, der Plan "AA" verkündet, benannt nach seinem Autor Alvaro Alsogaray, dem Ex-Militär und Wirtschaftsminister der Diktatur unter Onganía (1966-69), sowie Vorsitzenden der erzkonservativen UCeDé.

Der Vertreter des Konzepts der "Dollarisierung", Curia, mußte seinen Hut nehmen. Ganz im Stil eines Caudillos hatte Menem sich ohne Absprache verschiedene Vorschläge machen lassen und dann ausgewählt.

AA: "und mach noch einen dritten Plan, gehen tun sie alle nicht."

Der Plan AA zielt darauf, den Umlauf von Australes einzudämmen (s. Kasten), um so die Inflation zu bekämpfen - ein Griff in die Mottenkiste des Monetarismus. Ob der Plan bei der Inflationsbekämpfung Erfolg hat, hängt wesentlich davon ab, ob die Regierung einen Übergangs-

kredit aus den USA bekommt. Entscheidend dabei kann die Unterstützung Alsogarays werden, der über intensive Kontakte zu den ausländischen Gläubigerbanken verfügt. Auf die reale Ökonomie wird sich die Australverknappung auf jeden Fall dramatisch auswirken. Rezession, Schließung von mittleren und kleinen Unternehmen mit der Folge höherer Arbeitslosigkeit und Reallohnverfall werden wieder einmal die Schwächsten treffen. Schon in den ersten Tagen des neuen Plans ordneten einige Unternehmen unbezahlten Zwangsurlaub an. Sie hatten kein Geld für die ausstehenden Löhne, da ihre 7-Tage-Anlagen von der Regierung eingezogen worden waren (s. Kasten).

Die beiden zentralen Maßnahmen des neuen Plans (AA)

1. Australes können nicht mehr in der gewohnten Art fest angelegt werden.

Bisher legten alle, die über Australes verfügten, diese für sieben Tage zu sehr hohen Zinssätzen bei Privatbanken an, um sich so vor dem Wertverlust durch die Inflation zu schützen. 75% dieses Geldes wanderte zur Zentralbank, um das Defizit zu finanzieren. Dies bedeutete, daß die Zentralbank auch die astronomisch hohen Zinsen bezahlen mußte, mit denen SparerInnen und Banken, aber vor allem die großen SpekulantInnen lukrative Geschäfte machen.

2. 6 Billionen (eine sechs mit zwölf Nullen) Australes, die in Staatspapieren und in 7-Tage-Einlagen angelegt waren, werden nicht in Australes ausgezahlt, sondern in sogenannten Bonos Externos (Bonex).

Dies sind Staatspapiere, die in Dollar zurückgezahlt werden sollen. Damit wird die interne Verschuldung des Staates in eine Dollarverschuldung umgewandelt.

Auch der neue Plan täuscht nicht darüber hinweg, daß die Regierung die Kontrolle über die Wirtschaft längst aus den Händen gegeben hat. Ihr Versuch, das Großkapital durch immer größere Zugeständnisse von seinem räuberischen Wirtschaften abzubringen, ist gescheitert. Während der Staat kurz vor dem Bankrott steht, die Reallöhne allein im letzten Jahr um 20% gesunken sind, ein Drittel der Bevölkerung im Großraum von Buenos Aires, d.h. ca. 4 Mio. Menschen, unter dem Existenzminimum lebt, erzielten die Exporteure 1989 einen Super-Handelsüberschuß.

Die höchste Inflationsrate in ganz Lateinamerika für 89, fast 5000%, trifft die Großunternehmen kaum. Sie verfügen über gesicherte Zugänge zu Dollars und sind



Das Vaterland ist wieder auf die Beine gekommen. Schreiten wir mit ihm voran!

Foto: Jens Holst

deshalb von der nationalen Währung unabhängig. Als DollarbesitzerInnen profitieren sie vor allem von den extremen Kursschwankungen, die zu Finanzspekulationen einladen und "tausende kleiner Tragödien und wenige, aber große Geschäfte erzeugen", so Horacio Verbitsky in "Página 12".

In dieser Situation wird natürlich über die Gefahr eines erneuten Militärputsches spekuliert. Doch die Militärs haben durch ihren Druck in den letzten Jahren soviel an Macht gewonnen, daß sie an einem Putsch nicht interessiert sind. Stattdessen wird die Regierung durch die wirtschaftlichen Machtgruppen direkt unter Druck gesetzt. Die Zeit der Militärputsche scheint vorbei: Der "ökonomische Putsch" bestimmt die Politik.

Nötig wäre eine politische Entscheidung, die Macht der großen Unternehmen zu beschneiden. Dies wäre nur von einer Regierung zu erwarten, die sich auf die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stützt. Der von Menems Vorgänger Alfonsín Ende Dezember erneut vorgeschlagene Pakt aller politischen Parteien könnte dann ein Ausweg sein, wenn die PolitikerInnen wieder beginnen, Politik zu machen und nicht weiter die Hampelmänner/frauen der wirtschaftlichen Machtgruppen bleiben. Doch PolitikerInnen denken anders: Sie zeigen keinerlei Respekt vor der Mehrheit der Bevölkerung.

Karin Gabbert / Roman Herzog

BRASILIEN

Jäger der Maharadschas wird Präsident

Lula hat es nicht geschafft!! Bei den ersten direkten Präsidentschaftswahlen nach 29 Jahren gewann der "bunte Smartie" (LN) Fernando Collor de Mello, wenn auch sehr knapp: 37% für Lula, 41% für Collor, der Rest sind Enthaltungen und ungültige Stimmen (in Brasilien herrscht Wahlpflicht). Damit regiert ab März ein gewählter Präsident, dessen Karriere in der Partei der Militärs begann. Der Rechten ist es gelungen im neuen Design die alte Macht zu behaupten: Collor präsentiert sich als junger Saubermann, der in seinem Heimatstaat Alagoas als Gouverneur den Titel "Jäger der Maharadschas" erworben hatte, weil er einige hochbezahlte Nichtstuer aus dem Staatsdienst entlassen hatten. Trotz des deprimierenden Ausganges hat diese Wahl eine historische Dimension. Ein breites Bündnis linker Kräfte hat sich hinter dem Kandidaten der PT (Arbeiterpartei) zusammengeschlossen: Mit Lula da Silva wurde ein Gewerkschaftsführer, ein erklärter Sozialist, den die Diktatur verfolgte, zum Herausforderer der brasilianischen Elite.

Lulas Abtreibung

Wenige Tage vor den Wahlen lagen nach den Umfragen die beiden Kandidaten praktisch gleichauf. Lula war deutlich im Aufwind, er hatte einen beträchtlichen Rückstand aufgeholt und der Trend sprach eindeutig für ihn. Auf dem Gelmarkt fiel der Kurs des Cruzados, die meisten BrasilianerInnen erwarteten einen Sieg Lulas.

Zwei Ereignisse waren es wohl, die im letzten Augenblick noch eine Wende zugunsten Collors herbeiführten: In einer Wahlsendung präsentierte Collor eine Ex-Geliebte Lulas - Mirian Cordeiro - die aussagte, Lula habe sie gedrängt, ihre inzwischen fünfzehnjährige Tochter abzutreiben. Zwar kam heraus, daß Mirian Cordeiro für diese Aussage gekauft worden war, aber der Tiefschlag - der im übrigen symptomatisch für den Wahlkampfstil Collors ist - saß trotzdem. In der letzten Fernsehdebatte, die praktisch ganz Brasilien verfolgte, wirkte Lula unsicher, er konnte den infamen Unterstellungen Collors nicht Paroli bieten. Dieser behauptete zum Beispiel, die PT wolle die Staatsanleihen enteignen und die Farben der Nationalflagge ändern - bewußt kalkulierte Lügen. Viele Beobachter sehen in der schlechten "performance" Lulas in dieser Debatte den Grund für den Sieg Collors. Nun ist die These, daß die Tagesform in einer Fernsehdebatte den Ausgang einer Wahl entscheidet, in der sich grundlegende gesellschaftliche Alterna-

ativen gegenüberstehen, etwas deprimierend. Will man analysieren, weshalb die Mehrheit der WählerInnen sich letztendlich für Collor entschieden hat, so muß man über die Ereignisse hinausgehen, die im letzten Augenblick das Zünglein an der Waage bewegten.

Der Anti-Sarney

Collor ist ein Provinzpolitiker aus dem Nordosten, dem Armenhaus Brasiliens, aber er hat nicht dort die Wahl für sich entschieden, sondern in dem industriell entwickelterem Kernland Brasiliens, den Bundesstaaten Sao Paulo und Minas Gerais, in denen er Lula klar bezwingen konnte. Hauptgrund für den Sieg Collors dürfte seine scharfe Anti-Sarney Kampagne gewesen sein. Die maßlose Demagogie seines Wahlkampfes richtete sich nicht allein gegen Lula, sondern im gleichen Maße gegen den Präsidenten und die in Brasilia herrschende Politikerkaste, die Collor - so seine vollmundigen Ankündigungen - "zermahlen" will. Collor drückt damit die weitverbreitete Wut über den Selbstbedienungsladen in Brasilia, über die "Kannibalen des Staates" aus. Natürlich ist Collor - wie die LN schreiben - eine Mogelpackung, und die Strategie der Opposition setzte darauf, sein Saubermannimage mit den Taten während seiner Amtszeit als Gouverneur in Alagoas zu konfrontieren.



Der Kandidat wird präpariert

Das gelang aber nur teilweise. Collor konterte jenseits der Ebene von konkreten Fakten, er beschuldigte seine Kontrahenten, die WählerInnen Alagoas zu beleidigen, die ihm mit großer Mehrheit (57%) im ersten Wahlgang das Vertrauen ausgesprochen hätten oder unterstellte Lula gar, er könne die Zahlen nicht lesen. Gerade in der Fähigkeit, sich als Anti-Sarney aufzubauen ist Collor wohl von der Opposition unterschätzt worden. Für Collor sprach eindeutig, daß seine Kandidatur außerhalb des etablierten Parteienspektrums gewachsen ist und daß er sich tatsächlich frühzeitig von Sarney distanziert hat. Collor konnte seine Distanzierung - trotz einiger Makel - glaubhaft verkaufen, im Gegensatz zur (ehemaligen)

Regierungspartei PMDB, die ihren Spagat zwischen Regierung und Opposition mit dem Absinken in die Bedeutungslosigkeit (weniger als 5% für ihren Kandidaten Ulysses Guimaraes) bezahlt hat. Die Wahl Collors war eine Protestwahl, ein Protest gegen die Symptome eines offensichtlich verrotteten Systems.

Lula konnte nur in drei Bundesstaaten und in Brasilia (Distrito Federal) die Mehrheit erringen. Mit Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul stimmten die Hochburgen Brizolas - des drittplatzierten im ersten Wahlgang - für Lula, und in Pernambuco unterstützte der recht populäre Gouverneur Miguel Arraes Lula mit vollen Kräften. Die PT selbst ist dort stark, wo sie sich auf organisierte Interessensvertretungen, Gewerkschaften oder soziale Bewegungen beziehen kann. Sie hat durch den mit ihr verbundenen Gewerkschaftsverband CUT zweifelsohne einen großen Einfluß unter den IndustriearbeiterInnen, deren Organisationsgrad relativ hoch ist. Über diese Stärke von CUT und PT wird aber leicht übersehen, daß selbst in den entwickelten Gebieten Brasiliens der größte Teil der Beschäftigten in Kleinbetrieben und im informellen Sektor arbeitet. Collor wurde von den Armen gewählt, denen sichtbare Symptome der Krise näher sind als ihre Ursachen. Seine antistaatliche Rhetorik, seine Lobgesänge auf die freie Initiative greifen auch die Perspektive vieler Armen auf, die im individuellen Erfolg im informellen Sektor eher eine Chance sehen als in kollektiven gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.



Bye, bye Sarney! Das Fest ist aus.

Degenerierter Populismus

Wenn Collor am 15. März sein Amt antritt, steht Brasilien am Rande der Hyperinflation. Die Inflationsrate lag im Jahre 1989 bei 1764%, die Dezemberrate bei 53,5%, die Erwartung für Januar 90 bei 51,2%. Der leichte Rückgang der Inflation im Januar hat zu-

nächst die Befürchtungen gedämpft, die Lage könnte bis März außer Kontrolle geraten. Dennoch dürfte die verbreitete Einschätzung zutreffen, daß Collor, wenn es ihm nicht gelingt, die Inflation in den Griff zu bekommen, nichts gelingt. Was ist nun von dem Präsidenten Collor zu erwarten?

Aufschlußreich ist, welchen Wunschkandidaten Collor für das (neu zu schaffende) Amt des Wirtschaftsministers genannt hat: José Serra. Der gehört der PSDB an, der sozialdemokratischen Abspaltung der PMDB, ihr "Vordenker" ist Fernando Henrique Cardoso, der bekannte Dependenztheoretiker. Die PSDB hat im zweiten Wahlgang Lula unterstützt, wenn auch etwas halbherzig. Der Präsidentschaftskandidat der PSDB, Mario Covas, hatte im ersten Wahlgang in einer vielbeachteten Rede einen "kapitalistischen Schock" für

"Big Business dances Rumba in Brazil"

so titelte im letzten Jahr die "Financial Times", der anscheinend die Lambada-Welle entgangen ist. Auf jeden Fall sind fürs "big business" die Rhythmen 1989 noch schneller geworden. Krise - welche Krise?? Die Unternehmer jedenfalls haben gut lachen. Die Rentabilität der wichtigsten an der Börse notierten Unternehmen hat sich im Jahre 1989 verdreifacht - im Vergleich zu 1988, das auch schon ein gutes Jahr war. Die durchschnittlichen Gewinne (in Relation zum Betriebsvermögen) betragen 15,14%, eine Traumzahl (Angaben nach Folha de São Paulo vom 7.1.90). Und so strotzen die Wirtschaftsseiten der Zeitungen auch nur Investitionsankündigungen der Großunternehmen: Autolatina (Holding von VW und Ford) will bis 95 1,5 Milliarden US-Dollar investieren, Hoechst im gleichen Zeitraum 75 Millionen, eine Verdoppelung der Investitionen.

Und wer etwas Geld übrig hat, für den war 1989 ein großes Fest. Durch die Hochzinspolitik seit dem "Sommerplan" (vgl. LN 179) hat es im letzten Jahr einen Realzins von ca. 100% für Geldanlagen gegeben!! Bezahlt haben das Fest die anderen, die keine Gewinne auf dem Kapitalmarkt einstreichen können - bezahlt durch Reallohneinbußen. Das alles 1989 in einem Land, das schon bisher den traurigen Ruhm hatte, eine der ungerechtesten Einkommensverteilungen der Welt vorzuweisen.

Brasilien gefordert. Collors Option für Serra kann nun als eine Option für dieses Programm gesehen werden. Der kapitalistische Schock will den radikalen Bruch mit dem staatsorientierten, administrativen Entwicklungsmodell, das Brasilien seit den vierziger Jahren, seit der Vargas-Diktatur, prägt. Grundvoraussetzung dafür wäre die weitestgehende Öffnung des brasilianischen Marktes, die Beseitigung aller Importbeschränkungen, um die brasilianische Wirtschaft dem internationalen Konkurrenzkampf zu stellen, und ihre oligopolistische Struktur zu brechen. Weitere Bedingungen sind die Reduzierung und Rationalisierung des aufgeblähten Staatsapparates, die Verkleinerung des staatlichen

Sektors (Privatisierungen), Lichtung des Subventionsgestrüpps. Die sozialdemokratische Variante des "kapitalistischen Schocks" betont darüberhinaus die Notwendigkeit, die Reste des korporativistischen Modells zur Regulierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zu beseitigen, das bedeutet die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, die Herstellung der vollen Tarifautonomie, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat und direkte Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit statt staatlicher Lohnpolitik. Begünstigt wird ein solches Vorhaben dadurch, daß der staatlich garantierte Mindestlohn durch rapiden Kaufkraftverlust seine Funktion als Existenzsicherungsmechanismus weitgehend eingebüßt hat.

Nun ist die Notwendigkeit eines solchen Programms - wobei natürlich über Einzelheiten zu streiten wäre - in den brasilianischen Unternehmerverbänden weitgehend unumstritten. Selbst im "Alternativen Wirtschaftsplan", den die PT vor den Wahlen vorgelegt hat, finden sich Kernstücke des "kapitalistischen Schocks" wie die Beseitigung von Importbeschränkungen. Und seit Sarney Mailson Nóbrega zum Finanzminister ernannt hat (1988), bestimmt ein solcher Modernisierungsdiskurs die offizielle Rhetorik. Nur - die brasilianische Politik der letzten zwei Jahre war ein Lehrstück dafür, wie allgemeine Proklamationen in der realen Politik zerrieben wurden. Denn ein konsequentes Modernisierungsprogramm muß auch gegen potentielle "Modernisierungsverlierer" unter den Herrschenden durchgesetzt werden, gegen die traditionelle Oligarchie mit ihren Wurzeln im Agrarsektor und gegen den Staatssektor. Beide dominieren aber die brasilianische Politik. Die Regierung war nicht in der Lage, ihre Modernisierungsrhetorik in Politik umzusetzen, weil sie selbst partikularen Interessen verpflichtet war und zum anderen viele ihrer Maßnahmen (Kürzungen im Staatshaushalt) vom Parlament wieder aufgehoben wurden.

Es ist die bittere Ironie des Wahlergebnisses, daß der Modernisierungsheros Collor mit seiner ganzen Anti-Politiker Rhetorik im Parlament genau von den Kräften abhängig ist, auf die er verbal so eingeschlagen hat. Seine Partei, die PRN ("Partei der Nationalen Erneuerung) ist eine Schöpfung des Wahlkampfes. Bis zur Wahl hatte sie es durch Überläufer aus anderen Parteien auf 21 Abgeordnete im Parlament (Câmara Federal) gebracht, weniger als 5%. Schon am 20.12. zeigte eine Erhebung der Folha de São Paulo, daß die Mehrheit der Abgeordneten Collor unterstützen will.

Collor repräsentiert einen kastrierten Populismus, einen Populismus ohne Partei und Bindung an die Gewerkschaftsbewegung. Das unterscheidet ihn fundamental von Menem in Argentinien. Collor ist eher der Ausdruck einer Stimmung und ein Produkt der Medien als der Repräsentant einer gesellschaftlichen Strömung. Stimmungen sind bekanntlich labil, und Collor kann sich schnell - wenn er seine Versprechungen nicht erfüllen wird - als Seifenblase

erweisen. Für parlamentarische Mehrheiten ist der Anti-Sarney genau auf die Abgeordneten angewiesen, die die Regierung Sarney gestützt haben und einen rechten, parteiübergreifenden Block im Parlament bilden. Seine Schwierigkeiten beginnen schon: Die PSDB und Serra haben eine Regierungsbeteiligung (zunächst?) zurückgewiesen, Collor muß sich wohl einen anderen Wirtschaftsminister suchen.

Aber Vorsicht: Daß Collor von der traditionellen Rechten parlamentarisch abhängt, könnte als Aussage über seinen politischen Handlungsspielraum zu kurz greifen. Er hat sich in seiner Kandidatur gerade gegen die existierenden rechten Parteien und deren Kandidaten durchgesetzt. Collors Wahl und die Legitimation seines Mandates trägt plebiszitäre Züge. Er hat als Sieger einer Wahl eine ganz andere Rückendeckung als Sarney, er stellt durchaus ein eigenes Machtzentrum dar, das nicht einfach zu manipulieren ist. Die Grundfrage der kommenden Monate ist, ob Collor das kapitalistische Schockprojekt des modernen Teils der brasilianischen Bourgeoisie aufgreift oder ob er nur das Personal der klientelistischen Wurstelei auswechselt.

"Sanfte" Rezession verkündet

Collors erste konkrete Ankündigungen machen zumindest eins deutlich: Er setzt zur Inflationsbekämpfung primär auf orthodoxe Rezepte. Seine ersten Maßnahmen sollen auf die "Desindexierung" der Wirtschaft zielen, das heißt die Aufhebung aller Mechanismen, die automatisch Löhne und Preise an die Inflationsrate anpassen. Auf der Liste steht weiterhin die Privatisierung von Staatsunternehmen (ohne Namensnennungen), die Streichung von Subventionen und die Entlassung von 20 000 Staatsbediensteten. Populistisches Würzmittel ist seine Versprechung, Kapitalgewinne stärker zu versteuern und säumige Steuerzahler ins Gefängnis zu werfen.

Collor macht keinen Hehl daraus, daß er eine strikte Sparpolitik verfolgen wird, die rezessive Auswirkungen hat. Nachdem das Jahr 1989 - entgegen allen Prognosen - ein Wirtschaftswachstum von 2% gebracht hat, soll es 1990 zu einer "sanften Rezession" kommen. Diese wenig spektakulären Ankündigungen reichert Collor rhetorisch an: Er verspricht der Wirtschaft einen "Vertrauensschock", den Armen kostenlose Lebensmittel und prophezeit, nach den ersten hundert Tagen seiner Regierung werde die Rechte "empört und die Linke ratlos" dastehen.

Perspektiven der Opposition

Die PT muß zunächst den Schock der Niederlage verdauen. In die ersten Stimmen der Enttäuschung mischt sich bei einigen PT-Anhängern eine gewisse Erleichterung. Es gab erhebliche Zweifel, ob die PT überhaupt vorbereitet sei, die Macht zu übernehmen. Lula als Präsident eines Landes am Rande der Hyperinflation war vielen auch ein Alptraum. Die gründliche Auswertung der Wahlen



Lula beim Kongreß der Kautschukzapfer

und ihre Konsequenzen für die Zukunft der PT kann noch mit etwas Zeit diskutiert werden - auf der Tagesordnung steht zunächst die unmittelbare Antwort auf die steigenden Inflationsraten. Bei einer Inflation von 50% im Monat und monatlicher Anpassung der Löhne verliert ein Gehalt innerhalb eines Monats ca. 30% seiner Kaufkraft. Die in der CUT zusammengeschlossenen Gewerkschaften fordern nun Änderungen im Anpassungsmechanismus (wöchentliche Anpassungen oder Anpassung, sobald die Preissteigerung 10% erreicht hat) und reale Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Kaufkraftverluste durch das Ansteigen der Inflationsrate. Neu ist, daß die Gewerkschaften diese Forderungen direkt mit den Unternehmen verhandeln wollen. Hier wird es noch in den Wochen vor dem Amtsantritt Collors zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen. Collor hat wenig Aussichten, die CUT in einen Sozialpakt zu zwingen und ob er sein Rezessionsprogramm mit Repression gegen kämpferische Gewerkschaften durchsetzen kann, muß zumindest bezweifelt werden.

Für die Opposition ist es nun von entscheidender Bedeutung, daß sie ihre Kräfte, die sich in der letzten Zeit stark auf den Wahlkampf konzentriert haben, wieder in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen formiert, um die ersten Machtproben mit der neuen Regierung zu überstehen. Vieles spricht dafür, daß Collor nur ein Strohfeuer entfachen kann, an der sozialen Katastrophe nichts ändern wird und die Opposition den längeren Atem hat.

Thomas W. Fatheuer

CHILE

Was bringen die Wahlen den ChilenInnen?

Die langersehnte Wahl ist vorüber, der erste Jubel über den Sieg des Oppositionskandidaten Patricio Aylwin verklungen. Ernüchterung macht sich vor allem in der chilenischen Linken breit, die bei der Wahl nach den Spielregeln von Pinochet eine empfindliche Niederlage einstecken mußte. Eindeutiger Sieger wurde die Christdemokratische Partei (DC), die nicht nur den Präsidenten, sondern auch die meisten Parlamentarier stellen wird. Mit einer Ausnahme besetzt sie auch alle Schlüsselpositionen im neuernannten Kabinett, das im übrigen dem bürgerlichen Mitte-Links-Bündnis der Kampagne für Aylwin entspricht. Doch die Regierungsarbeit wird diese Koalition ebenso vor interne Probleme stellen wie die DC selber, wo die Basis viele unpopuläre Maßnahmen nicht mittragen wird. Nutznießer dieser Entwicklung dürfte die Rechtspartei RN Renovacion Nacional (RN) sein, die als zweitstärkste Fraktion in das Parlament eingezogen ist. Dies umso mehr als die linke bürgerliche Alternative, die sozialdemokratische PPD, nach dem Mißerfolg ihres Vorsitzenden Lagos nun von der Auflösung bedroht ist.

Zwanzig Jahre lang mußten die chilenischen Christdemokraten darauf warten, nun ist es wieder so weit. Vom 14. März d.J. ab werden sie den Staatspräsidenten stellen. Patricio Aylwin, dessen Kandidatur von nahezu allen Oppositionsgruppierungen unterstützt wurde, wird mit einem DC-dominierten Kabinett und einer starken Repräsentation seiner Partei in beiden Kammern des Parlaments regieren können. 14 von 47 Senatoren und 35 von 120 Abgeordneten stellt die DC nach dem Wahlergebnis vom 14. Dezember '89. Sie ist damit die stärkste Fraktion im neuen Parlament, gefolgt von der rechten Renovación Nacional.

Die Christdemokratie an der Regierung

Allerdings konnte die Christdemokratie nicht die absolute Mehrheit erringen, zumal im Senat neun der 47 "Volksvertreter" von Pinochet ernannt werden, der dabei auf seine treuesten Mitstreiter wie den ehemaligen Wirtschaftsminister Sergio Fernández zurückgreift. Die Kräftekonstellation im Parlament zwingt die Christdemokraten zu Koalitionen, was sich auch in der Zusammensetzung der neuen Regierung zeigt, auch wenn die wichtigen Ressorts, wie das Innen-, Finanz-, Justiz- und Verteidigungsministerium in den Händen der DC sind. Nur das Außenministerium macht eine Ausnahme, weil es Enrique Silva Cimma von der Radikalen Partei (PR) übertragen wurde, der Aylwin auf seinem Wahlkampf ständig begleitet hatte und nunmehr zu seinem Stellvertreter ernannt wurde.

Weniger bedeutende Ministerien wurden Sozialisten, den konservativen Sozialdemokraten und der lange von der Sozialistischen Internationale und der SPD unterstützten Partei für die Demokratie (PPD) überlassen. Dies macht deutlich, daß Patricio Aylwin zumindest vorerst mit dem bürgerlichen Mitte-Links-Block zusammenarbeiten will, der entscheidend zu seinem Wahlsieg beigetragen hat. Ob dies lange gutgehen kann, erscheint allerdings eher fraglich. Zu sehr biedert sich das neugewählte Staatsoberhaupt in den ersten Aktionen und Maßnahmen dem Militärregime an, als daß vor allem die Sozialisten eine solche Politik guten Gewissens mittragen könnten. Nur eine Woche nach der Wahl traf sich Aylwin mit dem scheidenden Diktator Pinochet. An dem Treffen nahmen außerdem die noch amtierenden und die designierten Innen-, Finanz- und Präsidentenamtsminister teil. In dem Gespräch sollten die Bedingungen eines problemlosen und organisierten Machtwechsels ausgehandelt werden, ein durchaus sinnvoller Gedanke in einem Staatsapparat, der weiterlaufen soll. Doch hätte dies aus praktischen und politischen Erwägungen genauso gut auf unterer administrativer Ebene laufen können. Das Treffen Pinochet/Aylwin sowie die Ernennung von Kommissionen auf Ministerienebene zur Vorbereitung der Machtübernahme durch die DC stellt eine unnötige und politisch fragwürdige Aufwertung des Militärregimes dar. Darüber täuscht auch die Aufforderung Aylwins an den Diktator nicht hinweg, den Oberbefehl über die Landesstreitkräfte niederzulegen. Pinochet wies dies mit der doppeldeutigen Begründung zurück, niemand könne die Loyalität des Heeres zur Verfassung (!) besser gewährleisten als er.

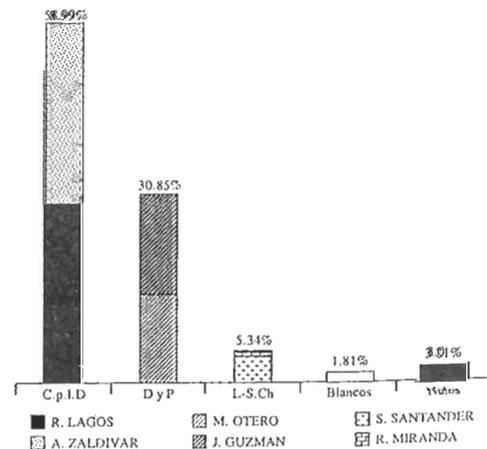


Begeisterung über den Sieg von Patricio Aylwin

Ein Detail am Rande: Traditionsgemäß suchte in Chile der amtierende den neugewählten Präsidenten auf, um ihm zu seinem Erfolg zu gratulieren. Patricio Aylwin dagegen geht zu Pinochet in den Präsidentenpalast – das signalisiert mehr als Nachlässigkeit. Aylwin beschwört immer wieder seine Treue gegenüber der gültigen Pinochet-Verfassung. Dabei wird er sogar päpstlicher als der Papst: Da laut dieser Verfassung 90 Tage zwischen Wahl und Amtsübernahme des Staatspräsidenten liegen müssen, will er sich nicht, wie Pinochet es vorgesehen hatte, am 11., sondern erst am 14. März vereidigen lassen. Dies ist allerdings momentan die heftigste Kontroverse mit dem Militärregime. Vor wenigen Tagen forderte der neugewählte Präsident die beiden Junta-Mitglieder Stange und Matthei auf, auch unter seiner Regierung als Oberbefehlshaber der Polizei bzw. Luftwaffe im Amt zu bleiben. Trotz einiger Kritik dieser beiden am langjährigen Diktator und verschiedener Äußerungen im Sinne einer Demokratisierung haben beide in der Diktatur eine wichtige und eindeutige Rolle gespielt. Ihre Bestätigung im Amt dürfte die Hoffnung auf eine ernsthafte Verfolgung der Menschenrechts-Verletzungen schmälern. Außerdem scheint Aylwin in den kommenden schweren Zeiten auf bewährte Kräfte zurückgreifen zu wollen.

Veränderungen in der Linken

Schwere Zeiten sind offenbar schon jetzt für die sozialdemokratisch orientierte PPD ausgebrochen. Nach seinem Scheitern bei den Senatswahlen aufgrund des pinochetistischen Wahlgesetzes (s. Schaubild) wurde begonnen, die Person des Parteivorsitzenden Ricardo Lagos zu demontieren, so daß ihm nur die Flucht nach vorn in das Erziehungsministerium blieb, um nicht jegliche politische Bühne zu verlieren. Es mehren sich die Stimmen, die Lagos die Schuld an seiner Wahlniederlage zuschieben, weil er sich immer der "höheren" Politik und nicht der Basisarbeit vor Ort gewidmet habe. Von den Parlamentariern, die für die PPD angetreten waren, bekennen sich nur noch Laura Soto und Jorge Schaulsohn zu dieser Partei, alle



Im Wahlkreis Santiago Nord-West wird die Ungerechtigkeit des pinochetistischen Wahlgesetzes ganz besonders deutlich. Ricardo Lagos landete nur ganz knapp hinter Andrés Zaldívar auf dem zweiten Platz. Dennoch wurde er von dem Chefideologen des Regimes Jaime Guzmán von seinem Sitz im Senat verdrängt, weil dieser die Stimmen seines Kollegen M. Otero "mitnehmen" konnte, weil beide auf einer gemeinsamen Liste kandidiert hatten. Nur wenn die oppositionelle Liste doppelt so viele Stimmen bekam wie die Rechten, konnte sie beide Kandidaten in das Parlament bringen.



Wahlstisch im Nationalstadion

übrigen, einschließlich der ehemals der PPD angehörenden Minister, definieren sich selber als Sozialisten. Und damit ist genau das eingetreten, was Lagos vermeiden wollte: Die Sozialisten spielen die wichtigere Rolle in der Linken, und nicht die PPD.

Zu Weihnachten gelang der jahrelang zerstrittenen Sozialistischen Partei (PS) ein historischer Schritt. Ihre wichtigsten Flügel um den sozialdemokratisch orientierten Jorge Arrate und den sich als marxistisch-leninistisch definierenden Clodomiro Almeyda beschlossen, wieder gemeinsam als Partei aufzutreten und eine einheitliche Linie zu vertreten. Und die besteht vornehmlich in der aktiven Mitarbeit in der Regierung von Patricio Aylwin. In diesem Sinne ein naheliegender und logischer Schritt.

Damit setzt sich die wiedervereinigte PS deutlich von dem bisherigen engsten Bündnispartner zumindest der Almeyda-Fraktion ab. Die Kommunistische Partei (PC) repräsentiert zwar im landesweiten Überblick etwas über 10% der Wählerschaft, jedoch wurde nicht ein einziger Parlamentarier dieser Partei ins Abgeordnetenhaus oder den Senat gewählt. Entscheidenden Anteil an diesem Mißerfolg hatte zweifelsohne das geltende Wahlgesetz, doch müssen sich auch die Kommunisten den Vorwurf gefallen lassen, auf das Spiel Pinochets eingegangen zu sein und ihre eigenen Chancen in dem vorgegebenen Rahmen überschätzt zu haben. Nun bleibt ihnen nur die außerparlamentarische Oppositionsarbeit, die der PC die Möglichkeit bietet, sich wieder ein eigenes Profil zu schaffen, das durch den uneinge-

beschränkten Einsatz für den christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten angekratzt war. Nur wenn die PC - und mit ihr die gesamte Linke - es schaffen, in den nächsten vier Jahren eine politische Alternative aufzubauen, die Konsistenz hat und die Bedürfnisse großer Bevölkerungsteile aufgreift, kann sie in Chile mittelfristig wieder eine wichtige Rolle spielen. Viele Linke sehen darin eine große Chance für die Zukunft.

Perspektiven der neuen Regierung

Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen sind in Chile in den nächsten Monaten nicht nur voraussehbar, sondern unvermeidlich. Alle gesellschaftlichen Gruppen und vor allem solche, die 16 Jahre lang in Armut lebten und der Repression ausgesetzt waren, erwarten von der neuen demokratisch gewählten Regierung eine Verbesserung ihrer Lage. Die Mißstände im Chile von 1990 sind jedoch nicht in wenigen Monaten zu beseitigen, zumal die neue Regierung das ungeheure Wirtschaftssystem erklärtermaßen nicht in Frage stellt. Finanzminister Alejandro Foxley wollte sich kurz vor der Wahl nicht auf eine Erhöhung des Mindestlohns festlegen, auch eine Abschaffung des Plan Laboral, der restriktiven Arbeitsgesetzgebung, wird nicht erwogen, allenfalls einige Änderungen.

Widersprüche und Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert, denn unerfüllte Hoffnungen und Erwartungen werden sich in Protest und Demonstrationen äußern. Und die Spaltung verläuft quer durch die Christdemokratische Partei, die auch in den Gewerkschaften und anderen Basisorganisationen stark vertreten ist. Gerade die führenden Gewerkschafter der DC wie Manuel Bustos und José Luis di Giorgio, die soeben in das Abgeordnetenhaus gewählt wurden, können einen strikt neoliberalen Kurs in der Wirtschaftspolitik nicht mittragen, ohne bei den chilenischen Arbeitern auf Widerstand zu stoßen. Und damit könnten sie sich Positionen annähern, die auch von der Linken und vor allem von der PC vertreten werden. Einige DC-Politiker wie der designierte Innenminister Enrique Krauss, der zweifellos über den Vorwurf der Kommunistenfreundlichkeit erhaben ist, befürchten daher auch eine Zerreißprobe ihrer Partei in der Regierungsarbeit und bedauern, daß die PC nicht im Parlament vertreten und damit auch nicht in den "Übergang zur Demokratie" einbezogen ist. Deren ausschließlich außerparlamentarische Opposition dürfte nämlich über kurz oder lang auch bei den wiedervereinigten Sozialisten sowie bei der DC-Basis auf Zustimmung stoßen. Damit wäre nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die Christdemokratische Partei in ihrer Existenz bedroht. Und letzteres dürfte die rechtsgestrickte Führungsriege dieser Partei um Präsident Aylwin vor größere Probleme stellen.

Scheitert die derzeitige Mitte-Links-Koalition, bleibt Patricio Aylwin nur noch ein Bündnis mit der Unternehmerpartei Renovación Nacional (RN). Ihm selber wird das keine ernsthaften politischen

Bauchschmerzen bereiten, denn diese moderne rechte Partei, die aus der Diktatur hervorgegangen ist, hat sich rechtzeitig von Pinochet abgesetzt und versucht, sich ein neues Profil zu schaffen. Schon vor zwei Jahren begann ihr Vorsitzender Andrés Allamand, die Menschenrechtsverletzungen und die Einmischung der Militärs in die Politik zu kritisieren, und am Morgen des Wahltages erklärte sie ihr strategisches Bündnis mit der faschistischen UDI endgültig für beendet. Ihre Strategie war erfolgreich: Mit 12 Senatoren (die dieser Partei nahestehenden Unabhängigen eingeschlossen) und 27 Abgeordneten stellt RN in beiden Häusern des Kongresses die zweitstärkste Fraktion. Zusammen mit dieser Partei würde Patricio Aylwin über satte Mehrheiten verfügen und könnte sehr bequem regieren. Es gibt erhebliche inhaltliche Übereinstimmungen, DC-Führung und RN stehen fest auf dem Boden des wirtschaftlichen Liberalismus, und RN ist durchaus zur Nachbesserung der antidemokratischen Verfassung bereit. Auch in der Frage der



Eine Gesellschaft unter Kontrolle der Militärs. In einem Wahllokal in Santiago.

juristischen Aufarbeitung der Militärdiktatur zeigt diese Partei Öffnungstendenzen gegenüber dem politischen Zentrum: Jüngst äußerte der Abgeordnete Alberto Espina, die Menschenrechtsverletzungen könnten ja von dem Amnestiegesetz ausgenommen werden. Bei so viel politischer Übereinstimmung wird es Präsident Aylwin nicht schwerfallen, den unvermeidlich wachsenden Schwierigkeiten mit der Linken innerhalb und außerhalb seiner Koalition durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Rechten zu begegnen. Und dort liegt sicherlich die politische Zukunft Chiles für die kommenden Jahre.

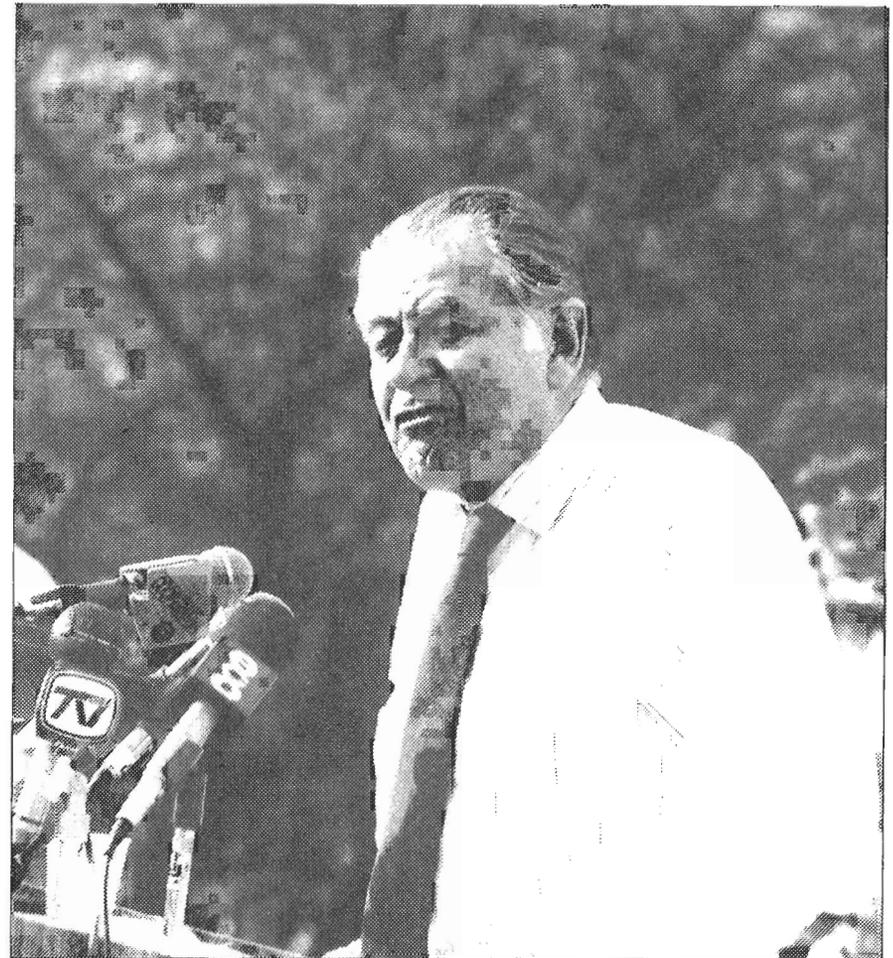
Vom siegenden Volk zu den gewinnenden Leuten

An dem Lied, das die Wahlkampagne für die Präsidentschaft von Patricio Aylwin begleitet hat, läßt sich viel ablesen über den Charakter der Kandidatur und der Kampagne.

Die Kassette, auf der das Lied vermarktet wird und die im Wahlkampf ein ständiges Abspielen auf Lautsprecherwagen erlaubte, beginnt mit zartem Vogelgezwitscher und dem Krähen von Hähnen. Dann erklingt die freundliche Stimme einer jungen Frau mit der ersten Strophe: Von der betonten Dominante springt die zunächst fast gehauchte Melodie drei Stufen hinauf auf den Grundton, hält sich dort in Synkopen bis zum Ende des zweiten Taktes, klettert die Tonleiter zwei Stufen hinauf und hinunter, und schon ist die erste Zeile fertig: "Der Regenbogen öffnet sich, und da sind die Leute." Die Leute, nicht das Volk.

Dann wiederholt sich alles eine Terz höher: Der Optimismus steigert sich. In der dritten Zeile kommt der Höhepunkt: Noch eine Terz höher beginnt es, bleibt aber jetzt nicht zwei Takte lang auf dem gleichen Ton, sondern springt wie eine Fanfare für drei Silben nach oben auf den nächsten Grundton: ¡Toma mi mano! "Nimm meine Hand!", ruft dir die junge Frau zu. Kein Entkommen, du nimmst sie und spürst es in der Luft: "Die Leute gewinnen!" Sie siegen nicht, sie gewinnen. Die Melodie der vierten Zeile wiederholt die der ersten, nun aber forte.

Weil eine Variation der genialen Simplizität der Melodie gar nicht möglich erscheint, ändert sich jetzt der Vortrag. Einige Instrumente erklingen. Ein Mann mittleren Alters - ein Arbeiter gar? - bringt, indem er zur gleichen Melodie seinen Text mit deutlich chilenischem Akzent hervorpreßt, einen Ton hinein, den man fast als kämpferisch empfinden könnte: "Die Leute gewinnen Gerechtigkeit und Frieden." Das gibt den Auftakt zu einem großen Crescendo. Eine Mischung von Wagner-Orchester und Rock Big Band öffnet einer Art Fischer-Chor die Bahn: "Liebliches Chile, empfang deine Leute!" Und in die Stille nach dem Fortissimo kannst Du nur noch in den großen Sprechchor einfallen, auf den alles zielt: Gana... la gente... Aylwin Presidente. "Die Leute... gewinnen... Aylwin Präsident!"



Patricio Aylwin: Conmigo gana la gente. Mit mir gewinnen die Leute.

Foto: Jens Holst

Du denkst, eine Steigerung sei nicht mehr möglich. Denkste! Die nächste Strophe singt wieder der Mann, und danach entfesselt das Super-Orchester einen Hexenkesel, in dem die ganze Harmonie um einen Ton nach oben versetzt wird. Welch ein Jubel! "Mein Vaterland, das sind ja die Leute." Und in die Erschöpfung nach dem Fortissimo spricht eine sanfte Stimme: "Chile... Das Vaterland, das gerecht und gut für alle ist, kommt." Da kannst du nur noch mit dem Sprechchor antworten: Gana... la gente... Aylwin Presidente. Gana... la gente... Aylwin Presidente.

Kein Werbefachmann hätte seine Sache besser machen können. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer schwenkten ihre Fähnchen, sangen und tanzten nach dem rhythmisch starken Lied auf den großen Massenkundgebungen, von den Christdemokraten bis zum MIR, von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten. Hier ging es nicht mehr wie zu Zeiten Allendes und der Unidad Popular darum, daß "das Volk" (das "einfache" Volk) siegen wollte, um ein ganz anderes Chile aufzubauen. Hier wollten "die Leute" aller Schichten und Klassen das Ende der Diktatur, damit alle und jede und jeder "gewinnen" können. Schaköng nach seiner Schaküne, wie die Berlinerinnen und Berliner sagen. Chile, einig Vaterland, patria de todos.

DIE LEUTE GEWINNEN

Der Regenbogen öffnet sich, und da sind die Leute.
Mit stolzer Stirn sehn sie ihr Haus, sie richten es
Nimm meine Hand, und laß uns beginnen! heute.
Man spürt in der Luft: Die Leute gewinnen.

Die Leute werden jetzt ihre Freiheit gewinnen.
Die Stunde der Wahrheit, sie wird schon beginnen.
Die Leute gewinnen Gerechtigkeit und Frieden.
Chile geht los, ihm ist jetzt Zukunft beschieden.

Liebliches Chile, empfang deine Leute!
Sie streben nach der Zukunft, sie ändern das Heute.
Mit all ihren Händen, mit all ihren Sinnen,
Mit all ihren Träumen: Die Leute gewinnen.

Die Leute... gewinnen... Aylwin Präsident!
Die Leute... gewinnen... Aylwin Präsident!

Ein größeres Chile ist der Traum von allen,
Ein Land ohne Haß und Furcht wird allen gefallen.
Das gute Vaterland hat Platz für uns alle,
Ein Chile, das wächst, so wie wir wachsen alle.

Mein Vaterland für alle, das sind ja die Leute,
die suchen die Zukunft, besiegen den Tod heute.
Oktober und Dezember, da wird es beginnen
und singen mit allen: Die Leute gewinnen.

Chile... Das Vaterland, das gerecht und gut für alle
ist, kommt.

Die Leute... gewinnen... Aylwin Präsident!
Die Leute... gewinnen... Aylwin Präsident!

Kommentar und Nachdichtung: Urs Müller-Plantenberg

GANA LA GENTE

Se abrió el arco iris y estaba la gente
Rehaciendo la casa, alzando la frente.
Toma mi mano, crucemos los puentes,
Se siente en el aire que gana la gente.

Gana la gente su libertad,
Ya viene el tiempo de la verdad.
Gana la gente justicia y paz.
Chile es futuro, comienza a andar.

Dulce Chile, recibe a tu gente,
Que sube al futuro, que cambia el presente,
Con todas las manos, con todos los mentes,
Con todos los sueños, hoy gana la gente.

Gana ... la gente ... Aylwin Presidente.
Gana ... la gente ... Aylwin Presidente.

El sueño de todos, que todos queremos,
Un Chile más grande, sin odio y sin miedo,
La patria buena en que todos cabemos,
Un Chile que crece si todos crecemos.

Mi patria es de todos, mi patria es la gente,
Que busca futuro, que vence a la muerte.
Que viene en Octubre, que llega en Diciembre,
Cantando con todos que gana la gente.

Chile ... viene la patria justa y buena para todos.

Gana ... la gente ... Aylwin Presidente.
Gana ... la gente ... Aylwin Presidente.
Gana ... la gente ... Aylwin Presidente.

Das neue Kabinett auf einen Blick

Enrique Krauss (DC - Inneres)	Germán Correa (PS - Transport)
Alejandro Foxley (DC - Finanzen)	René Abeliuk (SD - CORFO)
Patricio Rojas (DC - Verteidigung)	Luis Alvarado (Unabh. - Nat. Güter)
Enrique Silva Cimma (PR - Außenministerium)	Carlos Hurtado (PAC - Öffentl. Aufgaben)
Carlos Ominami (PS, ex PPD - Wirtschaft)	René Cortázar (DC - Arbeit)
Enrique Correa (PS - Regierungssprecher)	Alberto Etchegaray (DC - Wohnung)
Francisco Cumplido (DC - Justiz)	Agustín Figueroa (SD - Landwirtschaft)
Ricardo Lagos (PPD - Erziehung)	Sergio Molina (DC - ODEPLAN)
Juan Hamilton (DC - Bergbau)	Jorge Jiménez (Unabh. - Gesundheit)
Edgardo Boeninger (DC - Präsidentenamt)	Jaime Tohá (PS - Energie)

PANAMA

Invasion in Panama: »Amerika den Marines«

Am Morgen des 20.12.1989 landen 11.000 SoldatInnen der US-Marines in Panama. Sie verstärken das in der Kanalzone stationierte Kontingent auf insgesamt 24.000. Während Europa gespannt auf die Ereignisse in Osteuropa schaut, beginnt der Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Panamas Machthaber General Noriega und den USA. Von den ersten Kampfhandlungen am 20.12.89 bis zur Aufgabe Noriegas am 3.1.90 zeigen die USA, wie die von einigen totgeglaubte "big stick policy" ihre Renaissance erfährt. Im Gewand des "Anti-Drogen-Kampfes" wird der Welt die "neue Lateinamerika-Politik" der Bush-Administration vorgeführt.

Als der letzte der 23 Säрге mit den toten Marines in den USA entladen wurde, konnte George Bush aufatmen. Ein vertretbares Maß an US-amerikanischem Blut ist geflossen, um sich als Retter der Demokratie in Panama aufzuspielen. Gerettet hat Bush zudem, so der Glaube der BürgerInnen der USA, eine ganze Nation vor dem den Drogentod bringenden General Noriega.

Kann auch kein Zweifel über den undemokratischen Charakter des Noriega-Regimes bestehen (s.LN 186), so steht der Krieg gegen den souveränen Staat Panama jedoch erneut in der Tradition der Völker- und Menschenrechtsabkommen brechenden US-Außenpolitik in ihrem "Hinterhof". Daß durch die Invasion internationales Völkerrecht mit den Füßen getreten, gemordet wird, und in Zeiten der Ost-West-Entspannung der Irrsinn der letzten großen Weltmacht erneut triumphiert, interessiert die USA - und dementsprechend die NATO-Verbündeten - nicht.

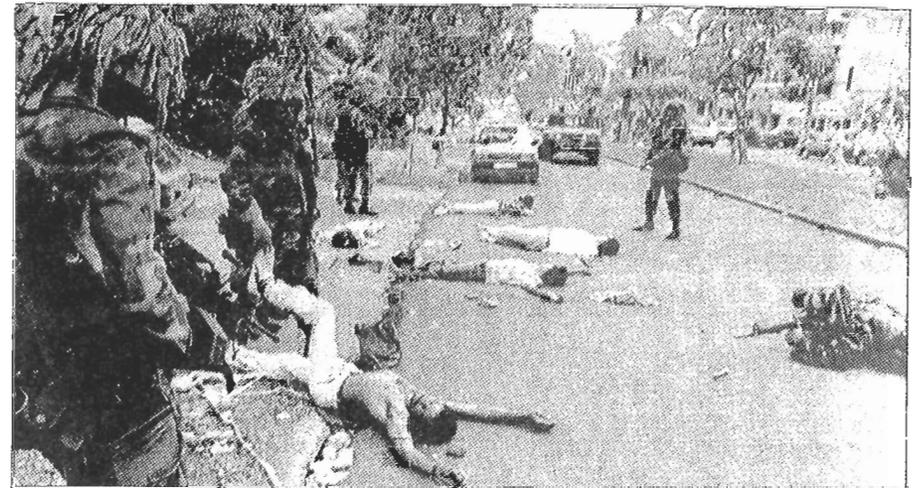
Zwischen Weihnachten und Neujahr bis zur Aufgabe Noriegas am 3. Januar mußte Bush bangen, daß die Welt nicht nur nach dem Schicksal "unserer Jungs" fragen und sich an der (Un)Person Noriegas ergötzen, sondern auch nach den tatsächlichen Hintergründen und der Legitimität der Invasion nachhaken würde. Doch es hat noch einmal geklappt: Mehr als 2000, vielleicht sogar 7000 tote PanamaerInnen, zum größten Teil ZivilistInnen (nach Schätzungen unabhängiger BeobachterInnen; US-Südkommando am 1. Januar: 514 Tote), sind namens- und gesichtslos geblieben. Das Pentagon gab zunächst die Zahl von 5.300 Kriegsgefangenen bekannt, riesige Internierungslager wurden angelegt. Bis heute sind noch mindestens 3.500 Menschen inhaftiert. Die Bevölkerung der Wohnviertel El Chorillo und San Miguelito (alleine in diesem Armenviertel rund 300.000 Menschen), die durch die Bombardierung zerstört wurden, ist obdachlos und wird in Fußballstadien untergebracht. Zehntausende verloren ihre Häuser. Enorme Kriegsschäden im ganzen Land (Anfang Januar

sprach die panamaische Handelskammer von wirtschaftlichen Schäden in Höhe von einer Milliarde Dollar) und die zeitweise Schließung des Panama-Kanals sind die ersten Ergebnisse der von Bush als "Erfolg" gewerteten Operation. Die Durchsuchung der Botschaft Nicaraguas, die Abriegelung der kubanischen Botschaft und die mehrmaligen Festnahmen des kubanischen Botschafters und des Sekretärs mit Waffengewalt stellen einen weiteren Höhepunkt der Völkerrechtsverletzungen dar und verdeutlichen die internationale Bedeutung der "chirurgischen Aktion".

Ein durch die US-Truppen erschossener Fotoreporter der spanischen Zeitung "El País" und die Durchsuchung der spanischen Nachrichtenagentur EFE und des Büros der Fluglinie IBERIA führten nur in Spanien zu heftigen Reaktionen. Die europäische Öffentlichkeit nahm auch von diesen Rechtsbrüchen kaum Kenntnis. Die Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien war dementsprechend: Nüchterne Meldungen, kaum kommentierende Artikel und die Wiedergabe der offiziellen US-Mitteilungen dominierten. Die Behinderung unabhängiger JournalistInnen und selbst der Mord an dem spanischen Kollegen in Panama waren den hiesigen MeinungsmacherInnen kaum einen Kommentar wert.

Der Rückfall in die Politik der offenen militärischen Intervention ist nach den Militäroperationen eines Ronald Reagan in Grenada, im Libanon und in Libyen nun auch für die neunziger Jahre das Markenzeichen der US-Administration gegenüber der "Dritten Welt".

Die politische, psychologische und "juristische" Vorbereitung und schließlich die Ausführung des Einmarsches gehen über die gewohnte Strategie des "Low Intensity Conflicts" hinaus. Wie in der bei der XVII. Konferenz der Amerikanischen Heere (CEA) 1987 im argentinischen Mar del Plata vorprogrammiert (Santa Fé 1 und 2), wird die



Weihnachten 1989 - Panama City

Die Invasion – Vorspiel und Chronologie

Ende 1985 weigerte sich der Chef des Geheimdienstes G-2, Manuel Antonio Noriega, damals schon der starke Mann, aus der Contadora-Gruppe auszuscheren. Das war für die USA Anlaß für eine beispiellose Hetzkampagne, in deren Verlauf Noriega Ghaddafi als Haßobjekt Nr. 1 für die USA ablöste. Korruption, Drogenhandel, Wahlbetrug und Menschenrechtsverletzungen, also all jene Delikte, die die USA anderswo so großzügig dulden, waren die Elemente des psychologischen Krieges gegen Noriega, denen aber bald wirtschaftliche Sanktionen folgten; am 24. November 1987 wird die Wirtschafts- und Militärhilfe für Panama suspendiert. Dies war jedoch nur der Auftakt für einen regelrechten Wirtschaftskrieg: Die Guthaben der panamaischen Regierung in den USA wurden gesperrt, die Kanalgebühren nicht mehr bezahlt. US-Einrichtungen wurden angewiesen, Zahlungen für jegliche Dienstleistungen an die panamaische Regierung einzustellen. Diese und andere Maßnahmen im Handelsbereich ließen das Bruttoinlandsprodukt 1988 um 21% fallen. Die Arbeitslosigkeit stieg um fast 100% auf 150.000. Das Bau-, Gesundheits- und Schulwesen litten erheblich, da die Steuereinnahmen um 50% gesunken waren. Der lukrative Finanzplatz war fast vollständig ruiniert.

Der wirtschaftliche Niedergang war planvoll begleitet vom Emporstreben der Oppositionsbewegung "Nationaler Bürgerkreuzzug", der getragen wird von der traditionellen Finanz- und Handelsoligarchie, politischen Parteien, dem konservativen Klerus.

Noriega selbst ist eine außerordentlich zwiespältige Figur, gleichzeitig CIA-Agent und Drogenhändler. Die US-Drug Enforcement Agency (DEA) hatte immer seine zuverlässige Kooperation gelobt. Darüber hinaus berichtet die britische Zeitung "The Independent" von einem Treffen Noriegas mit Oliver North 1986 in London. Hier soll Noriega angeboten haben, über die Versorgung der Contra mit Geld und Waffen hinaus die gesamte Führungsschicht der nicaraguanischen FSLN ermorden zu lassen. Vermutlich werden in dreißig Jahren, wenn die heutigen Akteure tot sind, die Archive geöffnet. (Mehr darüber in der LN 581). Im folgenden eine Chronologie:

- 1976: Erstes Zusammentreffen der Geheimdienstchefs George Bush und Manuel Antonio Noriega
- 1983: Vizepräsident Bush trifft Noriega ein zweites Mal
- 1987: Zwei US-Gerichtsverfahren gegen General Noriega in Abwesenheit wegen Drogenhandel
- 25.2.1988: Der zivile Präsident Eric Arturo Delvalle erklärt nach Abstimmung mit dem US State Department Noriega für abgesetzt. Das geht schief; er selbst wird abgesetzt und Manuel Solís Palma vom Parlament zum neuen Staatsoberhaupt erklärt.

- 16.3.1988: Erster erfolgloser Putschversuch durch den Polizeichef Leónidas Marcías. Die 82. US-Luft-Lande-Division der Kanalzone soll logistische Hilfe gewährt haben.
- 7.5.1989: Wahlen. Opposition unter Guillermo Endara gewinnt. Noriega läßt die Wahlen annullieren; Straßenschlachten.
- Juni 89: General Cisneros vom US-Südkommando warnt, daß der Tod nur eines US-Bürgers als Invasionsgrund angesehen wird.
- 3.10.1989: Putschversuch gegen Noriega. USA bestärken einige panamaische Offiziere, ziehen aber dann ihre Unterstützung zurück. Bush steckt herbe Kritik für seine "Inkonsequenz" ein.
- 6.12.1989: USA benennen gegen den Willen der panamaischen Regierung und Opposition Fernando Manfredo als Verwalter des Kanals ab dem 1. Januar 1990.
- 15.12.1989: Noriega wird zum Regierungschef ernannt. Panama erklärt den USA den Krieg.
- 16.12.1989: US-Offizier Robert Paz wird bei Auseinandersetzungen mit der panamaischen Armee getötet.
- 17.12.1989: Bush befiehlt die Invasion für den 20. Dezember.
- 18.12.1989: Bush informiert Guillermo Endara und seine Stellvertreter Guillermo Ford und Ricardo Arias Calderon über die Invasion und erklärt sie zur "legitimen Regierung Panamas".
- 19.12.1989: Ein panamaischer Polizist wird von einem US-Bürger verletzt. Großraumflugzeuge der USA landen alle zehn Minuten in der Kanalzone. 2.700 US-Familien werden evakuiert.
- 20.12.1989: USA intervenieren mit 24.000 Soldaten in Panama. Endara fordert die panamaischen Truppen auf, sich den USA zu ergeben. Noriega läßt über Radio zum Widerstand gegen die Invasoren aufrufen. Endara und seine Stellvertreter werden in einer US-Militärbasis vereidigt. Neben Kasernen werden auch die Elendsviertel "El Chorrillo" und "San Miguelito" angegriffen und bombardiert. (San Miguelio hat ca. 300.000 EinwohnerInnen). Aus diesen Vierteln wird starker Widerstand der EinwohnerInnen gemeldet.
- 24.12.1989: Noriega sucht Zuflucht in der päpstlichen Nuntiatur.
- 3.1.1990: Noriega stellt sich den US-Truppen und wird umgehend nach Miami ausgeflogen
- 5.1.1990: Der neue Innenminister und Vizepräsident Ricardo Arias Calderon gibt die Gründung der "Fuerzas publicas panamenas" bekannt, die anstelle der Armee für innere Sicherheit sorgen sollen.

neue Strategie der USA zur mörderischen Realität. Panama ist zur geglückten Premiere geworden: Der "Drogenkrieg" wird zur Legitimationsbasis für die Durchsetzung der "neuen" Lateinamerikapolitik – rechtfertigt jede Art von Interventionen und lenkt ab von den hausgemachten Problemen der USA, einschließlich den wahren Ursachen des Drogenkonsums.

Ein erneuter Rückschlag für die zentral-amerikanischen Friedensbemühungen

Die Politikunfähigkeit der USA gegenüber Zentralamerika hat sich mit dem "Anti-Drogen-Imperialismus" über die nächste Runde geteilt. Zu der Blockade Kubas, dem schmutzigen Krieg gegen Nicaragua, der massiven Unterstützung der salvadorianischen Streitkräfte und der ARENA-Regierung, der wirtschaftlichen und politischen Erpressung einer ganzen Region, gesellt sich nun (wieder) die Bereitschaft zur direkten Intervention durch die Marines. Allen Versuchen der politischen Lösung des Zentralamerika-Konflikts, der eben ein Nord-Süd und kein West-Ost-Konflikt ist, erteilten die USA erneut eine Absage. Der Contadora-Gruppe und dem Verhandlungsprozeß der zentralamerikanischen Präsidenten wurde erneut gezeigt, wer die Grenzen für die Versuche einer eigenständigen Lösung der Probleme Lateinamerikas setzt. Der FSLN in Nicaragua, die durch die im Februar anstehenden Wahlen eine Anerkennung der demokratischen Legitimität ihrer Regierung durch die USA und eine dementsprechenden Politikveränderung zu erreichen hoffte, wurde wieder eine bittere Lektion erteilt. Kurz vor der Wahl wird die FSLN zwar durch die Invasion in der Bevölkerung erneut an Unterstützung gewinnen. Doch die neue US-Administration präsentiert sich als unberechenbar und ungebrochen aggressiv, weshalb der Erfolg der demokratischen Legitimation sehr zu bezweifeln ist.

Die ARENA-Regierung El Salvadors wird sich einer dauerhaften Unterstützung durch die Bush-Administration sicher sein können. Die Regierung Cristiani begrüßte selbstverständlich die Invasion und enthielt sich in der OAS der Stimme.

George Bush gibt zwar zu, daß "die einmalige Aktion gegen Panama" die "nachbarschaftlichen Beziehungen zu den anderen Staaten der Region belastet" hat, aber der angerichtete Schaden sei durchaus "zu korrigieren". Nichtsdestotrotz handelte Bush noch unverfrorener als seine Vorgänger: Mußte Präsident Johnson noch vor der Invasion nach Santo Domingo (1965) die OAS zur Zustimmung bewegen, und holte Ronald Reagan vor der Invasion in Grenada noch den "Hilferuf" der umliegenden Karibik-Staaten ein, so ist die "Operation Gerechte Sache" nur einem innenpolitischen Legitimationsversuch unterworfen worden. Nur Roosevelt schwang den "big stick" so rücksichtslos wie Bush heute.

Die bestandene Feuerprobe schafft Luft für die Zukunft

Vom Bürokraten-Image hat sich George Bush nun in die Reihe der "starken Männer" US-amerikanischer Präsidenten und somit in die Herzen der WählerInnen gebombt. Dies war nötig, denn das "Vorspiel" der direkten militärischen Intervention im Oktober (s.LN 186) endete zunächst mit einer innenpolitischen Schlappe für Bush.

Am 3.Oktober besetzte die bis dato Noriega-treue "urraca"-Einheit die strategisch wichtige Zentralkaserne der Streitkräfte und den Sender "Radio Nacional". Sie erklärten Noriega und fünf weitere hohe Militärs für abgesetzt. Die US-Streitkräfte am Kanal wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt, sperren – offensichtlich in Absprache mit den Putschisten – zwei Straßen, die zum Hauptquartier Noriegas führten, und ließen Militärhubschrauber und -flugzeuge über der Stadt kreisen. In ihrem Eifer vergaßen sie jedoch die Sperrung einer dritten, wichtigen Straße. Über diese rollte Hilfe für den eingeschlossenen General an: Den "Bataillonen der Würde" und dem Bataillon 2000 gelang es nach mehrstündigen Gefechten, Noriega zu befreien. Ein Teil der Putschisten wurde in den Gefechten getötet, andere nach ihrer Verhaftung erschossen. Das US-Südkommando griff trotz der Vollmacht, Noriega auch gegen seinen Willen festzusetzen, nicht in die Kämpfe ein. Warum sie das nicht taten, ist bis heute nicht genau geklärt. Die Reaktionen in den USA waren für



Der ins Präsidentenamt gebombte Guillermo Endara während seines Hungerstreiks im November 1989

Reaktion der OAS: Bedauerlich

Die lateinamerikanischen Staaten befanden sich nach dem US-Einmarsch in Panama in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite stellte der Angriff auf Panama einen massiven Eingriff in die nationale Souveränität eines Nachbarlandes, eines Mitgliedes der Contadora-Gruppe dar. Jedes Gutheißen oder Stillschweigen angesichts der Invasion wäre eine offene Bankrotterklärung für die seit einigen Jahren laufenden Bemühungen um lateinamerikanische Integration und Emanzipation gewesen. Andererseits aber ist das Verhältnis der einzelnen Länder zu den Vereinigten Staaten eben nicht von Einigkeit des Subkontinents geprägt. Ein Hebel zur gemeinsamen Durchsetzung von Forderungen gegenüber den Vereinigten Staaten ist nicht gegeben. Angesichts der hanebüchenen Unberechenbarkeit der US-Lateinamerikapolitik, insbesondere im Zeichen des "Drogenkrieges" sehen sich die lateinamerikanischen Staaten gezwungen, ihre Formulierungen genau abzuwägen. Die Einigkeit mit den USA im gemeinsamen Kampf gegen die Drogen soll nicht in Zweifel gezogen werden – schließlich könnten sich viele Länder sonst demnächst mit der gleichen Situation wie Panama konfrontiert sehen. Daher heißt es im ersten Abschnitt der Erklärung ausdrücklich, daß jede Invasion grundsätzlich und "egal aus welchem Grund" einen Verstoß gegen die Regeln darstellt. Gleichzeitig werden im letzten Abschnitt die Gründe für die Invasion interpretiert, wenn es heißt, daß die Torrijos-Carter-Verträge über den Kanal eingehalten werden müssen. Mit dieser Bemerkung haben sich die OAS zweifellos relativ weit vorgewagt, denn dadurch wird deutlich, daß die Begründung der USA – die Verwicklung Noriegas in den Drogenhandel – als vorgeschobene Erklärung begriffen wird.

Die Erklärung der OAS ist in Kommentaren unterschiedlich bewertet worden. Während zwar einerseits durch die Resolution klar zum Ausdruck kommt, daß die USA mit ihrer Invasion keinen Bündnispartner in Lateinamerika haben, so sind auf der anderen Seite auch keine Anzeichen dafür zu finden, daß die lateinamerikanischen Staaten wegen der Panama-Invasion ihre eigenen Beziehungen zum "Koloß im Norden" verändern oder neu überdenken werden. Panama wird kaum zum Katalysator einer lateinamerikanischen Integration werden. Eine Erklärung ist eben doch nur eine Erklärung: Sie hat einen gewissen Stellenwert, doch die Wirkung einer politischen Willensbekundung ist eine Machtfrage. Und niemand wird ernsthaft behaupten können, daß sich in der derzeitigen weltpolitischen Situation die Machtfrage in Lateinamerika zuungunsten der USA neu stelle. Für Zentralamerika sprechen die Enthaltungen der Nachbarstaaten mit Ausnahme Nicaraguas eine deutliche Sprache.

Die Erklärung der OAS vom 22.12.89 (Auszüge)

Angesichts

[...] der Verpflichtung der Staaten, sich weder direkt noch indirekt, egal aus welchem Grund in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen einzumischen, [...]

in Betracht ziehend: [...]

- daß jede gerechte und langfristige Lösung des panamaischen Problems die volle Respektierung der freien Selbstbestimmung des Volkes ohne externe Einmischung beinhalten muß;
- daß die volle Respektierung der panamaischen Souveränität garantiert werden muß;
- daß Bedingungen wiederhergestellt werden müssen, die die Einhaltung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten des panamaischen Volkes garantieren,

erklärt die OAS:

1. daß sie die militärische Intervention in Panama bedauert,
2. daß sie auf sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und des Blutvergießens drängt und den Beginn von Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Sektoren Panamas fordert, um eine gemeinsame Lösung der institutionellen Krise Panamas zu finden, [...]
4. [...] daß sie erneut bekräftigt, daß die Lösung der panamaischen Krise notwendigerweise die volle Respektierung der freien Selbstbestimmung des panamaischen Volkes ohne externe Einmischung und die getreue Einhaltung des Inhalts und Geistes der Torrijos-Carter-Verträge erfordert, [...]

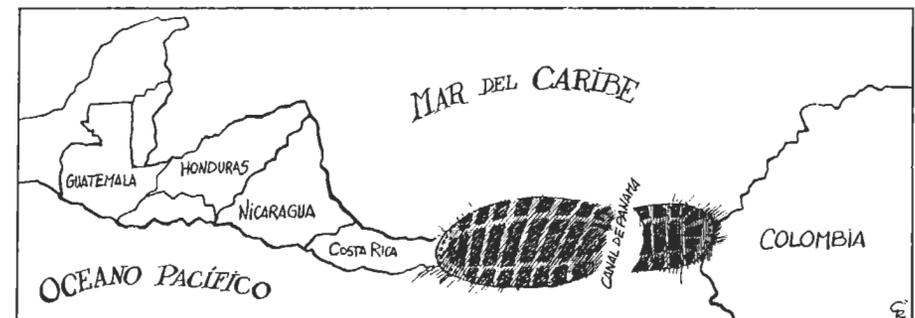
Abstimmung:

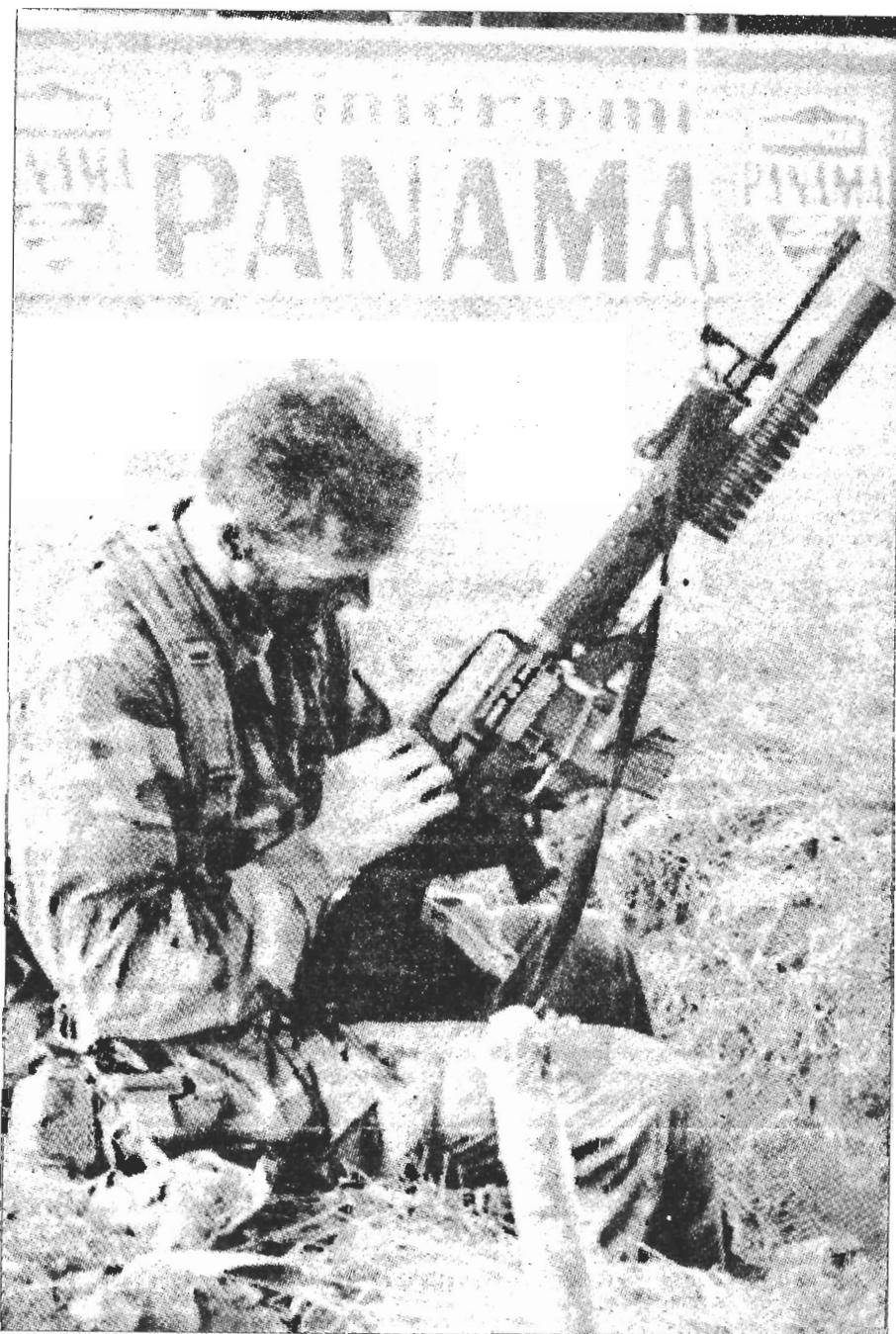
Dafür: Argentinien, Brasilien, Bolivien, Barbados, Kolumbien, Chile, Ecuador, Haiti, Jamaica, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Dominikanische Republik, Santa Lucia, Saint Kitts, Surinam, Trinidad Tobago

Enthaltungen: Antigua Barbuda, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Venezuela

Dagegen: USA

(Quelle: Barricada, 23.12.89)





Bush katastrophal: Von weiten Teilen des Kongresses als "Feigling" gescholten und der "Unentschlossenheit" bezichtigt, war die außenpolitische Schlappe für den Präsidenten perfekt.

In Vorgesprächen mit den Parteiführern der beiden Parteien im Kongreß holte er sich dann grünes Licht für die Operation mit dem Decknamen "Just Case" ("Gerechte Sache" (!)). Nur eineinhalb Monate später gelang es ihm so, die Abgeordneten und die US-amerikanische Öffentlichkeit im Glauben, die Aktion werde nur wenige Tage, wenn nicht Stunden dauern, hinter sich zu sammeln.

Von der Aufstandsbekämpfung zum "Anti-Drogen Krieg"-dieselben Mittel, dieselben Ziele

Solange der Drogenhandel die höchsten und schnellsten Profitraten erzielt, werden die komplizierten und kostspieligen Versuche der Aufstandsbekämpfung, der diplomatischen Erpressung und selbst der "Demokratisierungsbemühungen" einen effektiveren Juniopartner bekommen. Das schwindende Feindbild des internationalen Kommunismus muß ersetzt werden, bevor die Stimmen derer lauter werden, die für eine Reduzierung des Militärhaushaltes plädieren. Und das Militär bleibt einer Großmacht, die sich einem weltweiten Hegemonieverlust gegenüber sieht, das letzte und wichtigste Mittel. Der schnelle militärische Zugriff und die innenpolitisch leicht legitimierbare Interventionspolitik gegenüber anderen souveränen Staaten wird in Zukunft im neuen Kleid des "Anti-Drogen-Kampfes" zu einem Standbein der US-Außenpolitik. Die Entsendung des Flugzeugträgers "J.F.Kennedy" vor die kolumbianische Küste am 7. Januar folgt dieser Logik. Die Maßnahmen der Bush-Administration werden sich fortsetzen und ungestraft bleiben, so lange die lateinamerikanischen Staaten und die Weltöffentlichkeit zulassen, daß die Perestroika an den Mauern des Weißen Hauses abprallt. Über zukünftigen Abkommen der USA mit anderen Staaten zum Anti-Drogen-Kampf schwebt das Damoklesschwert des Einmarsches.

Perestroika in Washington: "Wir brauchen den 'big stick' wie die Luft zum Atmen"

Wenige Tage nach dem Gipfeltreffen zwischen George Bush und Michail Gorbatschow auf Malta verkündete der sowjetische Regierungssprecher Gerasimow humorvoll: "In Zentraleuropa wird die Frank-Sinatra-Doktrin angewendet - I did it my way." Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, durch die Breshnew-Doktrin ab 1968 per Interventionsrecht der Sowjetunion suspendiert, hat durch die Perestroika ihr Ende gefunden. Die neunziger Jahre, so die Hoffnung der Sowjet-Führung, sollten das Ende des "Kalten Krieges" bringen. Für die "Dritte Welt" war dieser Krieg aber nie kalt: Am Morgen des 20. Dezember 1989 zeigten die Vereinigten Staaten von Nordamerika der auf Europa starrenden Weltöffentlichkeit erneut ihr Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker: "We do it still our way".

Robert Große

Ein Land als Produkt des "big stick" Die Geschichte Panamas ist die der US-Interventionen

Das kolumbianische Parlament hatte sich geweigert, den USA die Konzession für den Bau eines Kanals, der die Karibik mit dem Pazifischen Ozean verbinden sollte, zu erteilen. Denn Panama gehörte bis 1903 zu Kolumbien. Unter dem Schutz der Kanonenboote der USA spaltete sich die panamaische Oligarchie in diesem Jahr von Kolumbien ab. Für die zukünftige Kanalzone verzichtete Panama zugunsten der USA "für ewig" auf jegliche Souveränität des Territoriums. 1914 wurde der Kanal fertiggestellt und hatte sehr bald große Bedeutung für den internationalen Handel, da er die Passage zwischen dem Atlantik (Europa, Ostküste der USA) und dem Pazifik (Westküste der USA, Japan) enorm verbilligte. Militärisch erlangte er eine zunehmende Bedeutung. Ein großer Teil des Nachschubs während des zweiten Weltkrieges passierte den Kanal. Dies verstärkte sich noch im Korea-Krieg, und während des Vietnam-Krieges erhöhte sich die Anzahl der Militärtransporte durch den Kanal auf vier pro Tag.

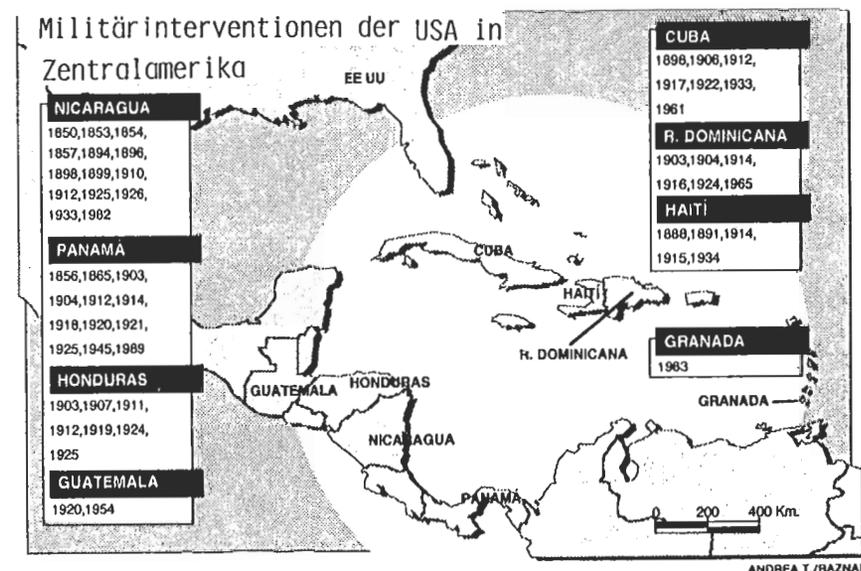
Aufstandsbekämpfung und das Karibikkommando

Mit dem Kanal war die Bedeutung Panamas für die USA jedoch nicht erschöpft; in den 40er Jahren gab es bereits 135 Militärstützpunkte. 1906 hatten die USA die panamaische Nationalpolizei mittels einer Intervention entwapnet; 1943 wurden ihr wieder Waffen gegeben, damit sie die aufkeimenden Proteste und Forderungen nach höheren Löhnen und einer stärkeren Unabhängigkeit selbst niederschlagen konnte.

1948 gründeten die Vereinigten Staaten das "Karibikkommando" und legten damit den Grundstein für den größten Militärstützpunkt außerhalb ihres eigenen Territoriums. Trotz der Modernisierung und Schulung der inzwischen gegründeten panamaischen Nationalgarde "mußten" die US-Marines 1964 erneut intervenieren, um dem Widerstand gegen die koloniale Besetzung ein Ende zu bereiten.

Billigflage, Freihandel und Freie Bankzone

Der Konflikt in der panamaischen Gesellschaft verschärfte sich, und am 11. Oktober 1968 putschte die Nationalgarde unter der Führung Omar Torrijos'. Hauptziel war der Abzug der USA aus der Kanalzone. Doch die Wogen glätteten sich bald wieder. Es wurden Reformen im Agrar-, Gesundheits- und Bildungssystem durchgeführt. 1970 wurde ein Bankgesetz verabschiedet, das internationale Finanztransaktionen derart liberalisierte, daß Panama zu einer der gefragtesten Freien Bankzonen weltweit wurde. Die Bankeinlagen betragen 1980 mit 11 Mrd. US-\$ das Fünffache des Bruttoinlandsprodukts Panamas desselben Jahres.



Ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik war der Ausbau der Freihandelszone von Colón, der wichtigsten nach Hongkong, in der 700 meist multinationale Unternehmen registriert sind. Formal hatte Panama 1978 die siebtgrößte Schiffsflotte der Welt, da es wegen der "liberalen" Steuer- und Arbeitsgesetzgebung äußerst lukrativ ist, unter einer sogenannten Billigflage zu fahren.

(ZT) Die Carter-Torrijos-Verträge

Die politische Lage hatte sich einigermaßen stabilisiert, doch Mitte der 70er Jahre verstärkten sich wieder Proteste studentischer und anderer oppositioneller Bewegungen, denen eine nationalistische Ausrichtung gemeinsam war - geschürt durch die Dauerpräsenz der USA in ihrem Land.

Nach jahrelangen Verhandlungen konnte 1977 ein neues Vertragswerk über den Panamakanal unterschrieben werden. Der Vertrag sah die Übernahme der vollen Hoheitsrechte über die Kanalzone durch Panama ab dem Jahr 2000 vor. Der Kanal selbst wird auf unbegrenzte Zeit für neutral erklärt, seine Betreibung liegt ab dem Jahr 2000 ausschließlich in den Händen Panamas, die USA behalten sich jedoch das Recht vor, die "Neutralität" des Kanals "zu verteidigen" - mit allen Mitteln, wie der damalige Außenminister Vance betonte. Carter wurde in den USA von Anfang an als "Waschlappen" kritisiert, da er ohne Not bereit war, die für die US-Außenpolitik in Zentralamerika strategischen Militärstützpunkte in Panama aufzugeben. Die USA werden nach ihrer jüngsten "Weihnachtsintervention" vermutlich nichts unversucht lassen, die Carter-Torrijos-Verträge dahingehend zu revidieren, daß mindestens zwei Militärstützpunkte in der Kanalzone auch über das Jahr 2000 hinaus erhalten bleiben.

EL SALVADOR

Dialog und Offensive

Wer will hier nicht verhandeln?

Es ist immer das gleiche Muster; Dialogbereitschaft und Zugeständnisse von Seiten der FMLN, die Regierung demonstriert für die internationale Öffentlichkeit Verhandlungsbereitschaft, und dann folgt das andere Signal: Ermordung von oppositionellen Persönlichkeiten. So war es am 26. Oktober 1987, als der Präsident der regierungsunabhängigen Menschenrechtskommission, Herbert Anaya Sanabria, erschossen wurde. Das nahm die FMLN damals als Anlaß, die nächste Verhandlungsrunde mit der Regierung zu suspendieren. Ganz nach dem Geschmack des Militärs, die von diesem "unsinnigen Gequatsche" überhaupt nichts halten. So war es auch nach dem 31. Oktober letzten Jahres, an dem eine Bombe zehn GewerkschaftsführerInnen, darunter Febe Elizabeth Velásquez, im FENASTRAS-Büro tötete: Suspendierung der vereinbarten dritten Verhandlungsrunde in Caracas/Venezuela und Beginn der Offensive.

Hector Oqueli ermordet

Seit Beginn des neuen Jahres propagiert die FMLN eine neue Verhandlungsrunde, legt aber Wert darauf, daß diesmal die UNO nicht nur Beobachterin sein soll, sondern Vermittlungsinstanz. Pérez de Cuellar, der UN-Generalsekretär, soll zunächst in separaten Zusammenkünften Positionen und Spielräume ausloten, um dann einen



Am 13. Januar wurde Hector Oqueli Colindres gemeinsam mit der guatemaltekischen Sozialistin Hilda Flores in Guatemala tot aufgefunden. Am Tag zuvor sind sie auf dem Weg zum Flughafen verschleppt worden. Hector Oqueli, der stellvertretende Generalsekretär der salvadorianischen sozialdemokratischen "Nationalrevolutionären Bewegung", MNR, war Prominenter der Sozialistischen Internationale, die sich gegenüber ihrer salvadorianischen Schwesterpartei überaus reserviert zeigte, da sie trotz aller Bemühungen nicht zu bewegen war, das strategische Bündnis mit der FMLN aufzukündigen.

eigenen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten. Dann erst - so meint die FMLN - könne man sich wieder an einen gemeinsamen Tisch begeben und verhandeln. Das US-Außenministerium läßt verlauten, daß nur Verhandlungen zu einer Beendigung des Krieges führen können und befürwortet zumindest verbal die Einschaltung der UNO. Kurz vor Cristianis USA-Reise (sie ist aufgrund von Putschgerüchten abgesagt), auf der er für die Waffenhilfe werben wollte, über die der Kongreß am 23. Januar in Washington entscheidet, wird Hector Oqueli Colindres, zweiter Mann in der Convergencia-Partei MNR, am 13. Januar in Guatemala entführt und erschossen. Die FMLN stellt die Verhandlungen in Frage.

Die Legende von den zwei Flügeln

Dieser Mord an dem prominenten Vertreter der Sozialistischen Internationalen (SI) - Guillermo Ungo, Chef des MNR ist Vizepräsident der SI - rief eine ähnlich einhellige und heftige internationale Kritik hervor wie der an den Jesuiten. Auch Außenminister Genscher protestierte und verlangte restlose Aufklärung des Verbrechens. Aber er wie viele andere verbanden ihre Verurteilung mit der Sorge, daß der gerade wieder gangbar erscheinende Pfad der Verhandlungen erneut versperst ist. Dies richtet sich indirekt gegen die FMLN und ihre oben beschriebene Praxis, nach solchen Akten zunächst von weiteren Verhandlungen abzusehen. Denn die Position der Bundesregierung ist eindeutig und - zumindest analytisch - widerlegbar: Cristiani sei moderat und zu Verhandlungen bereit. Wenn die FMLN auf die militärische Karte setze, würde Cristiani geschwächt und seine rechtsextremen Gegenspieler (!) gestärkt. Das Beste wäre, wenn die FMLN die Waffen niederlege, denn dann wäre der Krieg vorbei, meint die Bundesregierung. Sie leugnet damit die tiefen sozialen Ursachen des Bürgerkrieges in El Salvador. Die Guerilla ist ja nicht entstanden und so stark geworden, weil es in El Salvador Kapitalismus gibt; der Kampf der FMLN richtet sich gegen den historisch gewachsenen gnadenlosen Klassenstandpunkt der reaktionärsten Oligarchie Lateinamerikas. Und die Bundesregierung streitet der FMLN den Friedens- und Verhandlungswillen ab, eine Haltung, die mit rauher Polemik nur unzureichend gekennzeichnet ist. Die FMLN ist alles andere als glücklich über diese Morde, im Gegenteil. Sie gerät in ein echtes Dilemma: In einem solchen Moment mit Cristiani an einem Tisch zu sitzen, hieße, die Barbarei noch zu legitimieren, sie aber nicht beseitigen zu können. Die Verhandlungsrunden im vergangenen Herbst haben deutlich gezeigt, daß keinerlei Veränderungsbereitschaft der Regierung vorhanden ist, solange die Oligarchie noch über die Sicherheitsapparate verfügt und in der Lage ist, an jedem Ort und zu jeder Zeit bestimmte Personen zu liquidieren. Ein Dialog unter diesen Vorzeichen kann zu nichts führen. Die FMLN setzt also den Krieg fort, von dem sie weiß, daß er militärisch nicht zu gewinnen ist. Sie kann also nur versuchen, in die

Widersprüche des Systems (politisch und militärisch) hineinzubohren. Der unnachgiebige Klassenstandpunkt der Oligarchie verträgt sich immer weniger mit ihrer Abhängigkeit von den USA, in der andere Legitimationsmuster vorherrschen. Dies zeigt z.B. die Absetzung des Chefs der Luftwaffe, Rafael Bustillo, Anfang Januar. General Bustillo, ein Vertreter des totalen Krieges gegen die Opposition, der noch nie etwas von der Kriegsführung niedriger Intensität der US-Strategen gehalten hatte, nahm während der FMLN-Offensive eine Schlüsselstellung ein. Vermutlich hat sein schneller Entschluß, die armen Stadtteile in Schutt und Asche zu bombardieren, wesentlich dazu beigetragen, die Verluste der Armee einigermaßen in Grenzen zu halten. Es spricht einiges dafür, daß die USA Bustillo als nicht mehr akzeptierbares "Sicherheitsrisiko" einstufen und absetzten. Wenn die FMLN nur so zu bekämpfen ist, läßt sich an drei Fingern abzählen, daß die Pensionierung eines solchen Mannes, der sich so "verdient" gemacht hat, erhebliche Unruhe im Offiziersstab verursacht.

Junger, moderner Staatsmann, Präsident von El Salvador

Cristiani ist wegen seines smarten, weltmännischen Auftretens dazu auserkoren, nach außen das zivile Bild einigermaßen aufrecht zu halten und den Geldfluß aus Washington zu gewährleisten. Er ist nichts anderes als der Saubermann-Repräsentant eines Regimes, an dem der Leichengeruch tausendfach klebt. Wollte man einmal wohlwollend annehmen, daß Cristiani tatsächlich der um Mäßigung bemühte Regierungschef war, hätte er längst zurücktreten müssen. Denn er erfüllte die ihm angedichtete moderate Funktion nicht, als die Stadtteile bombardiert wurden, er verhinderte nicht das Massaker im FENASTRAS-Büro, er machte sich nicht bemerkbar, als in den letzten Wochen Hunderte von GewerkschafterInnen in den Gefängnissen verschwanden. Er wollte nicht, aber dieser Streit ist völlig belanglos. Wer in Cristiani immer noch den guten Mann sieht, muß inzwischen zumindest eingesehen haben, daß er nicht **konnte** - und wer setzt schon gerne auf einen Versager? Wer in El Salvador ein Ende des Krieges wünscht, darf nicht nur "Dialog" rufen, sondern muß die Vorbedingungen benennen, ohne die ein Dialog zu seiner eigenen Parodie wird. Ein Cristiani gehört sicher nicht dazu.

Ingo Melchers

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 61



Kontostand 11.1.1990

4.524.646,18



Beerdigung der Jesuiten

Aufklärung oder Bauernopfer

Untersuchung des Massakers an Jesuiten

Das Gelände um die Zentralamerikanische Universität José Simeón Canas (UCA) war militarisiert. Die Kontrolle lag bei der Armee an diesem 16. November, fünf Tage nach Beginn der größten Offensive der FMLN seit zehn Jahren. Frühmorgens dringen - selbstverständlich - Regierungssoldaten in die Räume der Jesuiten ein und töten sie, eine Hausangestellte und ihre Tochter. Die Armee bezichtigte wie immer in solchen Fällen die FMLN dieses Terroraktes.

Die Hauptzeugin Lucía Barrera de Cerna, die die Soldaten beim Eindringen in die UCA beobachtete, konnte unbemerkt entkommen und wurde aus Sicherheitsgründen in die USA ausgeflogen, wo sie einer Gehirnwäsche unterzogen wurde, um ihre Aussagen zu widerrufen - so der Vorwurf des Erzbischofs von San Salvador, Rivera y Damas. Die Sache war zu klar, und zuviel Staub war weltweit aufgewirbelt worden. Ellacuría und die führenden Persönlichkeiten der Jesuitenuniversität waren zu bekannt und geachtet. Es mußten

Konsequenzen gezogen werden. Die US-Botschaft in El Salvador drängte Cristiani, einige Schuldige zu präsentieren, und am 7. Januar verkündete der ARENA-Präsident in einer vierminütigen Fernseh- und Radioansprache, daß Militärs an dem Massaker beteiligt waren. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete bereits eine Untersuchungskommission von Spezialisten aus den USA, Großbritannien und Spanien. Sie sollte nun ergänzt werden durch "ehrenhafte" Offiziere und Anwälte aus El Salvador. Gleichzeitig wurde bekannt, daß 45 Angehörige des Elitebataillons Atlacatl, darunter zwei Offiziere, verhaftet wurden.

Am Samstag, dem 13. Januar gab Cristiani die Verhaftung des Tandona-Obersten Guillermo Alfredo Benavides sowie drei Leutnante des Elitebataillons "Atlacatl" bekannt. Benavides soll der Kommandierende der Region um die UCA in der Mordnacht gewesen sein. Bis vor kurzem war er noch Chef des Geheimdienstes des Generalstabs. Warum er dort abberufen und zum Leiter einer Militärschule ernannt wurde, ist nicht bekannt. In jedem Fall sind erhebliche Zweifel angebracht, daß Benavides und die übrigen Militärs die Verantwortlichen oder die einzigen Verantwortlichen des Massakers sind. Auch ist fraglich, ob sich Cristiani, ohne die Militärmachthaber zu konsultieren, für Benavides entschied. Seine Ankündigung verfehlte jedoch nicht ihre beabsichtigte Wirkung: Bush hob den "großen Mut" Cristianis hervor, und auch der Außenminister Spaniens, Fernández Ordonez, bestätigte, daß Cristiani sein Versprechen, die Morde zu untersuchen, einlöse.



Generalstabschef René Emilio Ponce, rechts daneben der beschuldigte Oberst Guillermo Alfredo Benavides. Die Anklage wird auf sich warten lassen.

Am 23. Januar entscheidet der US-Kongreß über weitere Hilfe an El Salvador

Der Zusammenhang zwischen der Verhaftung Benavides' und der Abstimmung über weitere Militärhilfe an El Salvador ist zu offensichtlich. Dies weiß auch Joe Moakley, republikanischer Kongreßabgeordneter und seit zehn Jahren Gegner der El Salvador-Politik der USA. "Viele von uns werden ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie der Fall der Jesuiten in El Salvador weiter behandelt wird."

Es wäre das erste Mal, daß ein verantwortlicher Offizier zur Rechenschaft gezogen würde für die Ermordung von politischen Gegnern. Bis heute erfreuen sich die Mörder des Erzbischofs Romero einer nicht hinterfragten Straffreiheit, obwohl sie bestens bekannt sind, auch in den USA. Aber ohne Zweifel ist die Verhaftung eines Offiziers, zumal er dem berüchtigten Tandona-Jahrgang angehört, eine Schmach für den Militärapparat. Da soll jemand bestraft werden, der wie alle anderen sein "gutes Recht" ausübte, jedes Symbol von politischer Zivilisation auszuschalten.

Trotz alledem: Rücksiedlungen gehen weiter

Am 18. November und am 9. Dezember kehrten insgesamt etwa 1.200 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Colomocagua nach Morazán zurück (s. LN 188). Bei beiden handelte es sich um "wilde" Rücksiedlungen, d.h. sie waren von der salvadorianischen Regierung nicht genehmigt, und auch der UNHCR (UNO-Flüchtlingshochkommissariat) verweigerte seine Unterstützung. Für den 21. Dezember hatten die noch verbleibenden 7.000 Lagerinsassen einen weiteren "retorno" angekündigt. Die Cristiani-Regierung reagierte mit dem Angebot, einvernehmlich die Rücksiedlungen im Januar wieder aufzunehmen, also mit vollständiger Registrierung der Flüchtlinge, falls diese die Rückkehr am 21. Dezember aussetzten.

Die Flüchtlinge akzeptierten, und so konnte am 4. Januar ein Materialkonvoi mit der Unterstützung des UNHCR von Colomocagua nach Meanguera/Morazán in Bewegung gesetzt werden. Gegen Mittag des nächsten Tages erreichten die LKWs die Ansiedlung "Los Quebrachos" unter lebhaftem Empfang der ehemaligen Flüchtlinge.

Ungebrochene Zukunftsorientierung

In einer Mitteilung der RücksiedlerInnen aus Los Quebrachos heißt es: "Wir sind von den Gemeinden in Morazán gut aufgenommen worden und haben uns in Los Quebrachos wiederangesiedelt. Bisher haben wir weder Unterstützung von der salvadorianischen Regierung noch vom UNHCR bekommen, sondern nur von den hiesigen Gemeinden. Sie

haben uns nach unserer Ankunft versorgt und geben uns jetzt Mais auf Kredit. Denn sie produzieren nur Mais, den sie verkaufen, um mit dem Geld ihre anderen Bedürfnisse zu befriedigen.

Wir RückkehrerInnen haben begonnen, die Gemeinschaft in einer ähnlichen Struktur wie in Colomoncagua zu organisieren, mit Produktionsbereichen und sozialen Diensten. Mit den wenigen Rohstoffen, die wir mitbrachten, haben wir zehn provisorische Werkstätten eingerichtet: Schuhmacherei, Schneiderei, Schreinerei, Kfz-Mechanik, Stricken, Töpferei, Kunsthandwerk, Blechwerkstatt, Hängemattenflechterei, Korbproduktion sowie einen Gemüsegarten. Um zu zeigen, was wir produzieren, haben wir einen Laden mit dem Namen "Neues Erwachen" eröffnet. Außerdem pflückten wir in Perquín Kaffee, bauten vier Lagerhäuser und 69 Hütten aus Plastikplanen und Zacate-Gras und richteten die Straße von Perquín bis zur Grenze endgültig her.

Was unsere Sicherheit angeht, gab es bisher von keiner der kriegführenden Seiten Probleme. Lediglich am 25. Dezember bombardierten zwei A-37 die Umgebung von Perquín und Jocoaitique.

Wir rufen die Solidarität auf, uns moralisch und materiell weiter zu unterstützen, da wir sonst unsere Ziele nicht verwirklichen können."

Am 14. Januar begann die erste von mehreren "ordentlichen" Rücksiedlungen. Die Regierungsbeamten, die zur Registrierung ins Lager gereist waren, erfüllten ihre Aufgabe und der UNHCR stellte 100 LKWs, mit denen 515 Personen und tonnenweise Lebensmittel und Material problemlos nach Morazán transportiert wurden. Wird der vereinbarte Rhythmus eingehalten, werden jeweils im Abstand von vier Tagen 500 Flüchtlinge das Lager verlassen können.

Die Registrierung der Flüchtlinge im Lager **San Antonio**, in der Nähe von Colomoncagua gelegen, soll nach derselben Übereinkunft mit der Regierung am 18. Januar begonnen haben und Ende des Monats abgeschlossen sein.

Ende Dezember noch hatte die Regierung angekündigt, daß sie MitarbeiterInnen von FISTRAS, einer Stiftung, die in San Salvador die Interessen der Flüchtlinge vertreten hatte, verhaften würde, wenn sie ihrer habhaft werden. Inzwischen ist FISTRAS wieder aufgetaucht und setzt seine Arbeit fort.

Wenn es auch derzeit scheint, daß trotz der angespannten Situation in El Salvador die Rücksiedlungen ohne größere Schwierigkeiten vonstatten gehen, ist es zum Aufatmen zu früh; aus den Rücksiedlungsdörfern in Chalatenango und anderen Landesteilen, in denen sich Flüchtlinge aus dem Lager Mesa Grande niedergelassen hatten, werden schwere Übergriffe von Seiten des Militärs gemeldet. Allein in Chalatenango sind folgende Dörfer militärisch besetzt: San Antonio Los Ranchos, Teosinte, Guarjila, Las Vueltas und San José las Flores. Dort hat es mehrere Schußverletzte gegeben, und die Bewegungsfreiheit der BewohnerInnen ist stark eingeschränkt. Ähnliches könnte auch in Morazán geschehen, wenn sich in wenigen Wochen die Aktualität anderen Themen zuwendet, zumal Morazán noch schwerer zugänglich ist, als andere Provinzen.

NICARAGUA

Wahlen

Die letzte Etappe des Wahlkampfes in Nicaragua hat begonnen. Am 25. Februar wird das nicaraguanische Volk die Entscheidung treffen, wer die politische Führung des Landes übernehmen soll. Die rechte Oppositions-Union UNO hat nach den jüngsten Umfragen deutliche Verluste hinnehmen müssen; an einem Wahlsieg der regierenden Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) wird auf nationaler Ebene kaum gezweifelt. Der Einmarsch der USA in Panama hat in Nicaragua den Alarmzustand ausgelöst.

Der Wahlkampf wird mit allen Mitteln geführt

In Nicaragua geht es im Wahlkampf der Opposition unter Führung der Prensa-Verlegerin Violeta Chamorro nach zehnjähriger Regentschaft der Sandinistischen Befreiungsfront vor allem darum, den Sandinisten Perspektivlosigkeit, komplettes Versagen, diktatorisches Verhalten und politische Unfähigkeit vorzuwerfen. Die Entwicklung der letzten Jahre, als sich durch US-Wirtschaftsboykott, internen Investitionsboykott der nicaraguanischen Unternehmer und den Contra-Krieg die wirtschaftliche Krise derartig verschärfte, daß in den sozialen Bereichen Zurückgesteckt werden mußte, wird von der Opposition voll der "sandinistischen Mißwirtschaft" angelastet. Der eigentliche Verursacher, die USA sind die Alternative, die die Opposition zu bieten hat. Unverhohlen argumentiert Violeta Chamorro mit ihren guten Kontakten zur US-Führung, propagandistisch unterstützt von Präsident Bush, der bereits angekündigt hat, nach einem Wahlsieg der Opposition das seit 1985 bestehende Embargo aufzuheben und Nicaragua großzügige Unterstützung zu gewähren.

"Alles wird besser"

Der Wahlkampf der Sandinisten besteht vor allem darin, die Errungenschaften der Revolution untrennbar mit der Regierung der FSLN zu verbinden. Da aber auch die FSLN nicht leugnen kann, daß es in den letzten Jahren gewaltige Rückschritte bzw. Stagnation gegeben hat, wird Optimismus verbreitet. Der Wahlkampf-Slogan der FSLN lautet daher schlicht: "Alles wird besser!" Ein Großteil des Wahlkampfes ist darauf abgestellt, - ganz nach US-amerikanischem Wahlkampfstil - die Sympathiewerte des Präsidenten und Kandidaten Daniel Ortega zu erhöhen. Zitat aus dem Wahlkampf: "Einfach, menschlich, solidarisch. Alles wird besser mit einem Präsidenten, der in den schwierigen Momenten bei uns ist, der unsere Probleme versteht und sie löst. Einem Präsidenten mit langer politischer Laufbahn und Erfahrung in Staatsangelegenheiten. Daniel ist Arbeiter, der einzige, der das Wohlergehen aller Nicaraguaner garantieren

kann. Für den Frieden, alle gemeinsam mit Daniel." Täglich erscheinen in der Barricada, der FSLN-eigenen Zeitung, neue ganzseitige Anzeigen mit jeweils einem Foto von Daniel. Überschrift zu einem Bild von einer Wahlkampfveranstaltung von Ortega (reitend) in Chontales, seiner Heimat: "Chontales ist schön. Daniel kommt aus Chontales. Wählt die FSLN! Wir gewinnen: Alles wird besser!" (Ungekürzter Text einer Doppelseite)

Aber der Wahlkampf besteht nicht nur aus Plattheiten. Das Hauptthema der FSLN ist die Erreichung des Friedens unter Beibehaltung der nationalen Souveränität. In seiner traditionellen Neujahrsansprache, in der jeweils das sandinistische Motto für das neue Jahr bekanntgegeben wird, erklärte Daniel Ortega das Jahr 1990 zum "Jahr des Friedens und des Wiederaufbaus". Der Wahlkampf der FSLN - und das ist ihr größter Bonus - kann in den Gemeinden auf eine gute politische Organisation und sichtbare Erfolge in den Kommunen zurückgreifen, denen die Opposition nichts entgegenzusetzen hat. Darüberhinaus zeigt die FSLN in ihrem Wahlkampf die politische Selbstdisqualifikation der UNO-Opposition auf, wobei vorrangig die politische Unterstützung durch die Contra (s. LN 187, S.41: "Kommuniqué des 'Nicaraguanischen Widerstands'") gebrandmarkt wird. Karikaturen über die Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro zeigen sie mit der Aufschrift "GN-1" am Rockzipfel; GN steht für "Guardia Nacional", die Folterknechte Somozas. Der Oppositionskandidat für die Vize-Präsidentschaft, der Vorsitzende der Liberalen Partei Virgilio Godoy ist politisch diskreditiert durch den Vorwurf der Unterschlagung bzw. nicht-sachgemäßen Verwendung von Geldern der bundesdeutschen Friedrich-Naumann-Stiftung. Seine eigenen Parteifreunde setzten im nicaraguanischen Parlament wegen dieses Vorwurfs die Aufhebung seiner Immunität durch.



- und für die gewisse Kandidatin, die nur sagt, was andere ihr sagen.
- und weil man als UNO-Kandidat in den Dreck gezogen wird.
- und um nicht in schlechter Gesellschaft zu verkommen !kündige ich!

Die Zersplitterung der Opposition hat auch sechs Wochen vor dem Wahltermin noch kein Ende gefunden. Die Haltung der Führungsspitze zur US-Invasion in Panama, die Nähe zur Contra und die offenkundige politische Unfähigkeit Violeta Chamorros veranlassen immer mehr KandidatInnen der UNO auf kommunaler Ebene, ihre Kandidatur zurückzuziehen. In einigen Gebieten wird die erforderliche Anzahl schon nicht mehr erreicht.

(Als Kasten)

Der Rücktritt eines UNO-Kandidaten

Mit unverhohlener Schadenfreude berichtet das "Nuevo Diario" über den Wahlkampf Chamorro/Godoy in Nueva Guinea: "Nachdem eine Versammlung in El Coral ausfallen mußte, da sie sich dort mit einer Minidemonstration von gerade einmal 50 Personen konfrontiert sahen, kamen Doña Violeta und Godoy nach Nueva Guinea. Trotz der Mitreisenden, inklusive der 50 Personen aus El Coral, begannen sie dort auch mit einer Minidemonstration - ein bißchen größer als die andere - bis sie schließlich unter Schwierigkeiten 2000 Personen zusammenbrachten, viele von ihnen neugierige Kinder. Trotzdem war die Freude kurz: Noch bevor die Veranstaltung begonnen hatte, kam Ramón Padilla Gómez mit einem Papier in der Hand zu ihnen, daß er sofort verlas. Die Spitze der UNO glaubte, er werde eine Agitations- und Unterstützungsrede vortragen. Doch Ramón sagte sehr ruhig, daß er als Kandidat der UNO für Nueva Guinea zurücktrete, da er mit der großen Anzahl von Somozisten, Völkermördern und Contras in dieser politischen Gruppierung nicht einverstanden sei. Er drückte aus, daß er nicht länger in einer Gruppe von Vaterlandsverrätern wie der UNO mitwirken wolle. Sofort nach dem Verlesen seiner Rücktrittserklärung übergab er diese Doña Violeta und Virgilio. Noch sprachlos, klagten Doña Violeta und Virgilio die Organisatoren der Veranstaltung an, nicht aufzupassen, wer auf ihren Versammlungen das Wort ergreife." (El Nuevo Diario, 24.12.1989)

Contra im Wahlkampf

Die jüngsten Umfragen bestätigen den Erfolg der Wahlkampfstrategie der FSLN. Doch die Freude darüber ist begrenzt angesichts einer zunehmenden Gewalttätigkeit auf Versammlungen der UNO: Bereits am 11. Dezember war es auf einer oppositionellen Veranstaltung in Masatepe, einer Kleinstadt südlich von Managua, zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Von Unterstützern der UNO wurden Jugendliche angegriffen, die Wahlkampf-T-Shirts der FSLN trugen und verschiedene Gebäude, darunter das Gemeindebüro der FSLN demoliert. Ein 15-jähriger wurde erstochen. Nach diesen Ereignissen hatten sich alle Parteien bis auf die UNO auf einen Verhaltenskodex für Wahlkampfveranstaltungen geeinigt, der derartiges in Zukunft verhindern sollte. Zwar sind Gewalttätigkeiten von dieser Heftigkeit bei Wahlversammlungen seitdem ausgeblieben, doch wird die Stim-

mung zunehmend aggressiver, zudem sich die Aktivitäten der Contras in den letzten Wochen wieder verstärkt haben: In den ersten Tagen dieses Jahres zeichnete die Contra verantwortlich für drei Morde: Die Nonnen Maureen Courtney - eine US-Amerikanerin - und Tere-sita Rosales aus Nicaragua wurden in der nördlichen Atlantikregion ermordet. Nur wenige Stunden später wurde der Sandinist Tomas Selgado, aktiv im Bauernverband und im FSLN-Wahlkampf, von eingesickerten Contras in Jinotega ermordet. Augenzeugen zufolge begleiteten die Täter die Attentate mit Wahlaufrufen für die UNO. Die Befürchtungen der Sandinisten angesichts dieser Übergriffe faßt der ANN-Kommentator Sergio Ferrari zusammen: "Der Versuch des Weissen Hauses, die Legalität der Wahlen und der Wahlbehörden in Zweifel zu ziehen, ist angesichts der Berichte der Wahlbeobachter der Vereinten Nationen und der OAS, die übereinstimmend den bisherigen Verlauf der Wahlvorbereitungen positiv beurteilen, gescheitert. Daher zielen jetzt alle Geschütze in eine andere Richtung: den Wahlkampf und die Wahlvorbereitungen zu stören, heftige Gegenreaktionen der Sandinisten zu provozieren und die Regierung zu politischen Fehlern zu verleiten, um das Ergebnis der Wahlen anzweifeln zu können." (ANN-Wochenheft 185, 10.1.90)



Reaktionen auf den US-Einmarsch in Panama

"Die USA wiederholen in Panama die Nazi-Barbarei in Polen 1939" betitelt die unabhängige, pro-sandinistische Tageszeitung "El Nuevo Diario" ihre Ausgabe vom 24.12.1989. Bereits kurz nach Bekanntwerden der US-Invasion wurde ganz Nicaragua in Alarmzustand versetzt. Wieder einmal - wie schon so oft - fürchteten viele, eine Invasion im Anschluß an die Panama-Aktion stünde direkt bevor. Verstärkt wurde diese Angst durch Aktionen der US-Truppen gegen die nicaraguanische Botschaft in Panama-Stadt. Unter Nichtbeachtung der Immunität diplomatischer Vertretungen hatten die Besatzungstruppen die Botschaft zunächst umstellt. Präsident Ortega verkündete daraufhin, Nicaragua werde diesen Affront nicht hinnehmen und mit jeder Aktion der USA auch gegenüber der Botschaft der Vereinigten Staaten in Nicaragua gleichziehen. So wurde die US-Vertretung in Managua, jene riesige Festung mit über dreihundert Beschäftigten, von der Armee umstellt. Gleichzeitig wurde der nicaraguanische Luftraum für US-Flugzeuge gesperrt. Als am 26. Dezember dennoch Düsenjäger der USA den Flughafen der Hauptstadt Managua überflogen, wurden sie von der sandinistischen Flugabwehr beschossen, jedoch nicht getroffen.



Panzer dokumentieren den Alarmzustand, in den Nicaragua kurz nach der US-Intervention versetzt wurde.

Als die US-Truppen in Panama schließlich in die Residenz des nicaraguanischen Botschafters eindringen und diese verwüsteten warteten die NicaraguanerInnen gespannt und voller Angst auf die Reaktion ihres Präsidenten. Als Ortega ankündigte, er werde im Fernsehen öffentlich Stellung nehmen, waren die Straßen Managuas leergefegt, die Bevölkerung wartete vor den Fernsehgeräten. Es war klar, daß ein konsequentes Gleichziehen, also ein Sturm auf die US-Botschaft in Managua, unabsehbare Folgen haben könnte. Großes Aufatmen dann, als Ortega wortgewaltig aber diplomatisch geschickt "lediglich" die Ausweisung von 20 ausgewählten US-Diplomaten verkündete, die binnen 48 Stunden das Land zu verlassen hatten. Weiterer Schachzug dabei: Diese 20 waren die Hauptansprechpartner der UNO-Opposition gewesen...

SprecherInnen der UNO verteidigten die Invasion in Panama mit den Worten: "Wenn Noriega die Wahlergebnisse respektiert hätte, wäre das nicht passiert. Es war ein notwendiges Übel."

Nicaragua wertet die US-Invasion in Panama als neuen Beweis dafür, daß die wichtigste Garantie für den Erhalt der Revolution und für eine eigenständige Entwicklung angesichts des US-amerikanischen Rückfalls in längst nicht mehr zeitgemäße Politikformen leider weiterhin ein starkes Heer, d.h. die unbedingte Fähigkeit zur Selbstverteidigung sein muß. Es stellt sich die Frage, womit Nicaragua nach dem voraussehbaren Wahlsieg der FSLN zu rechnen hat. Angesichts der mangelnden Reaktionen der internationalen Organisationen auf den US-Einmarsch in Panama, der von den USA offenbar angestrebten Wiederherstellung der absoluten Hegemonie über Zentralamerika auch mit militärischen Mitteln, der Stagnation des Friedensprozesses, der Strategie der internen Opposition und der wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas, die auch nach einem Wahlsieg der FSLN weiterbestehen, ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen der NicaraguanerInnen kaum abzusehen. Eine Lösung der Krise ist vorläufig nicht zu erwarten. Ob es der neuen sandinistischen Regierung gelingen wird, so gestärkt aus den Wahlen hervorzugehen, daß die internen Konflikte - z.B. mit den Unternehmern - besser gelöst werden können als bisher, ist stark zu bezweifeln. Die Suche Nicaraguas nach Handelspartnern auf internationaler Ebene, als Direktinvestoren in Nicaragua, als Abnehmer nicaraguanischer Produkte oder als "Partner der Entwicklungszusammenarbeit", wird allerdings wesentlich davon abhängen, mit welchem Image die Wahlen nach dem 25. Februar behaftet sind. Das wiederum ist vor allem eine Frage der internationalen Meinungsmache, in der die USA - wie die Berichterstattung über die Panama-Invasion und die beginnende Hetzkampagne der FAZ in den letzten Wochen zeigen - führend sind.

Bernd Pickert

Nicaragua braucht eine eigene Stimme

Fast alle Nachrichten aus Ländern der sogenannten "Dritten Welt" werden nicht von JournalistInnen aus diesen Ländern selbst verbreitet, sondern von den KorrespondentInnen der Medien und Nachrichtenagenturen der Industrieländer. Die nicaraguanische Nachrichtenagentur ANN (Agencia Nueva Nicaragua) versucht, dieser "Informationshegemonie" etwas entgegenzusetzen.

Die Nachrichtenagentur ANN wurde im Oktober 1979, also nur wenige Monate nach dem Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua gegründet. ANN verbreitet internationale Nachrichten in Nicaragua selbst und Nachrichten aus Nicaragua international.

Für den Vertrieb in Europa besteht ein eigenes Büro in Zürich, das in französischer und deutscher Sprache ein Wochenheft vertreibt. Geschrieben und übersetzt werden die Artikel in Managua, dem Zentralsitz von ANN. Das Schweizer Büro hat auf die redaktionelle Gestaltung des Heftes nur insofern Einfluß, als Meldungen, die hier durch die Presse gehen und Diskussionen um Nicaragua auslösen, an Managua weitergegeben werden, oft mit der Bitte um Klarstellung und genauere Recherche.

Die meisten AbnehmerInnen des Wochenheftes sind Einzelpersonen oder Solidaritätsgruppen, die sich von dem Heft authentische Informationen aus Nicaragua erhoffen und die ANN als unerläßliche Informationsquelle für die Solidaritätsarbeit kennen und schätzen gelernt haben. Doch ANN will auch in den Bereich der bürgerlichen Medien eindringen, will das Informationsmonopol der großen, meist US-amerikanischen Nachrichtenagenturen nicht hinnehmen. Daher wird versucht, mit professionellen Angeboten (tägliche Informationspakete auf Fax oder Telex, Bilderdienst etc.) auch für Tageszeitungen, Rundfunk und Presse interessant zu werden. Doch das gestaltet sich schwierig. Den meisten Redaktionen genügen die Informationen, die die eigenen KorrespondentInnen oder der "Ticker" über Zentralamerika liefern, auch wenn dabei die gründliche Recherche nicht immer der oberste Maßstab der Dinge ist.

ANN begreift sich selbst als Entwicklungsprojekt, das in einem der wichtigsten Bereiche, der internationalen Informationsverbreitung, tätig ist. Um aber nicht immer nur auf "Betteltour" durch Europa ziehen zu müssen, sondern wie ein normales Unternehmen Leistung gegen Bezahlung erbringen zu können, braucht ANN dringend weitere AbonnentInnen. Bestellungen und Informationen bei:

ANN Agencia Nueva Nicaragua (Europa)
Postfach 7671
CH-8023 Zürich

Bernd Pickert

HONDURAS

Wahlen, die nichts ändern

Der neue Präsident der USA heißt Rafael Leonardo Callejas

Von der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, haben am 26.11. letzten Jahres im 4,5 Millionen-Einwohner-Land Honduras Präsidentschaftswahlen stattgefunden. In einem bunten, oftmals an Karneval erinnernden Wahlkampf wurden politische Inhalte nicht präsentiert. Die zwei - so weit erkennbar - ziemlich gleichen Kandidaten der beiden großen traditionellen Parteien waren die einzigen chancenreichen Bewerber, von denen sich jedoch niemand entscheidende Änderungen der bisherigen Politik versprach. Gewonnen mit über 50% der Stimmen hat schließlich Rafael Leonardo Callejas von der oppositionellen Nationalen Partei, der Ende Januar sein Amt antritt.

Wichtig ist die Amtsübernahme durch Callejas eigentlich nur für die öffentlichen Angestellten in Honduras und die policy-maker der US-Administration. So zieht zum einen die Ablösung der Liberalen Partei mit dem derzeitigen Präsidenten José Azcona Hoyo durch die von Callejas angeführte Nationale Partei im Staatsapparat ein umfassendes Auswechseln auf allen Ebenen nach den strengen Kriterien der Partei-Affinität nach sich. Auf der anderen Seite ist es den Vereinigten Staaten gelungen, Honduras ein weiteres Mal den "demokratischen Akt des Wählens" vornehmen zu lassen. Dadurch bleibt die demokratische Fassade aufrechterhalten, hinter der die USA das Land mit eigenen und mit Contra-Truppen zu einer riesigen Militärbasis für den Kampf gegen die Sandinisten ausgebaut haben.

Gefeilsche um das Volkswohl

Der Wahlkampf selbst hatte bereits Monate zuvor begonnen. Straßen und Häuser im ganzen Land wurden mit Fähnchen, Wimpeln und Plakaten in den Farben der beiden traditionellen Parteien geschmückt: rot-weiß für die regierende Liberale Partei, blau-weiß für die Nationalen. Die Wahlspots wurden dominiert von tanzenden Frauen und populärer Musik, zu denen die Wahlslogans verbreitet wurden. In den Parteifarben geschmückte Lautsprecherwagen verteilten Wahlkampf-Fähnchen usw. allerorten, von lauter Musik begleitet. Volksfeststimmung wurde suggeriert.

Währenddessen waren die beiden Kandidaten Carlos Flores Facussé (Partido Liberal, PL) und Rafael Leonardo Callejas (Partido Nacional, PN) mit gegenseitigen persönlichen Beschuldigungen und kleinlichen Streitereien beschäftigt, die oftmals auch den letzten Anstand vermissen ließen. Neben der (US-amerikanischen) Herkunft der Frau des einen und der Männlichkeit des

anderen Kandidaten gehörte zu den gewichtigeren Themen der Auseinandersetzung die Frage des Wahlablaufs: Soll in jedem Dorf oder nur in der jeweiligen Kreisstadt eine Wahlurne aufgestellt werden? Dürfen in Honduras lebende Ausländer wählen? Muß mensch zum Wählen im Wahlregister eingetragen sein oder reicht ein Ausweis? Läßt sich kurzfristig ein Wahlgesetz ändern? Wer kontrolliert die Wahlregister, die Geburtsurkunden und die Vergabe von Ausweisen?, um nur einige zu nennen. Jeden einzelnen Punkt handelten Liberale und Nationale in einem endlosen Tauziehen aus.

Die beiden kleineren Parteien (PINU-SD, sozialdemokratisch und PDCH, progressive Christdemokraten), die bei den Wahlen je etwa 1,5% der Stimmen erhielten, wurden nicht müde, grobe Unregelmäßigkeiten im Wahlregister und Fälschungen von Urkunden anzuprangern, fanden jedoch wenig Gehör an der Öffentlichkeit. Sie waren auch die Einzigen (besonders die PDCH), die im Wahlkampf die aktuellen Probleme von Honduras benannten: de-facto-Besetzung des Landes durch die USA, alljährliche riesige Militärmanöver, Präsenz der Contra-Truppen, Wirtschaftskrise und sich weiter ausbreitende Armut, Mißachtung der Menschenrechte (über 100 "Verschwundene" in acht Jahren "Demokratie"), die fehlende Souveränität der Landes.

Ein warmes Essen für eine Stimme

Von Callejas und Flores war zu alledem nichts zu hören, hielten sie doch ihre wenigen politischen Aussagen bewußt vage und nichtssagend. Bei etwas 50% Analphabetismus unter den Wählern und einem hohen Grad an Apathie in der Bevölkerung schien dies politisch durchaus opportun. Kurz vor dem 26. November liefen die Wahlkampfapparate der Parteien auf Hochtouren: Der massive Transport Wahlwilliger sowie Wahlfeste mit kostenlosem Essen mußten jeweils organisiert werden. Denn angesichts der weithin herrschenden Armut ist eine anständige Mahlzeit vielen ihre Stimme wert in einer Wahl, von der sich ein Großteil der Bevölkerung eh keine Änderung verspricht. So haben letztlich an diesem Sonntag rund 1,4 Millionen Menschen (das sind 70% der Wahlberechtigten) den neuen Präsidenten, 128 Abgeordnete und 289 Gemeindeverwaltungen gewählt.

Lediglich die massive Militärpräsenz, die einen ruhigen Wahlablauf garantieren sollte, deutet die wahren Machtverhältnisse im Land trotz "demokratisch gewählter" Regierung an. Auch ist es in Honduras ein offenes Geheimnis, daß ohne Einverständnis der US-Botschaft niemand Präsidentschaftskandidat einer der beiden großen Parteien werden kann. Zu wichtig ist es den USA im Hinblick auf die "sandinistische Diktatur" im Nachbarland noch immer, in Honduras eine ihnen gefügige "gut funktionierende Demokratie" präsentieren zu können. Kleine Schönheitsfehler nimmt man gerne in Kauf, wenn nur das äußere Erscheinungsbild



stimmt. Der erfolgreiche Vollzug des Wahlritus allein ist für die USA Befriedigung genug und der Gewinner eher nebensächlich – handelt es sich doch bei beiden Kandidaten um bereits "Auserwählte".

Der neue Mann der USA

So ist vom neuen Präsidenten Callejas wenig Neues zu erwarten. Er ist Garant dafür, daß das mit der Revolution in Nicaragua 1979 begonnene US-Projekt für Honduras fortgesetzt wird, ohne die Präsenz der US-Truppen oder die Vormachtstellung der eigenen Streitkräfte in irgendeiner Weise in Frage zu stellen. Callejas ist Anti-Kommunist (und als solcher Mitbegründer der anti-kommunistischen "Organisation für den Fortschritt in Honduras" (APROH)) und Anti-Sandinist. Sein Wahlkampf wurde unter anderem von der im Lande stationierten Contra finanziert, mit der ihn auch Dollargeschäfte auf dem schwarzen Markt verbinden. Für ihren Abzug aus Honduras hat er sich zwar auch schon einmal ausgesprochen, aber irgendeine Initiative in dieser Richtung ist von ihm keineswegs zu erwarten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet steht Rafael Leonardo Callejas für Neuverhandlungen mit dem IWF (die Auslandsschulden betragen immerhin US \$ 3.2 Mio.) verbunden mit weiterer Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft. Er gilt als Prototyp des "modernen Konservativen", und die nicaraguanische Zeitschrift "Pensamiento Propio" fragte bereits: "Ein Cristiani für Honduras?" Ob er von der salvadorensischen ARENA aber mehr als den Wahlspruch "Los mismos, no!" ("Die Gleichen nicht wieder!") übernommen hat, bleibt abzuwarten.

Wahlen, die einiges ändern

Mehr als durch die im November abgehaltenen Wahlen könnte sich für Honduras durch die Präsidentschaftswahlen im Nachbarland Nicaragua Ende Februar ändern. Bislang hatte Präsident Azcona zwar bei den zentralamerikanischen Gipfeltreffen die Forderungen nach Demobilisierung der Contra unterschrieben, aber keinerlei Anstalten zu ihrer Umsetzung unternommen. Auch nach dem letzten Präsidentengipfel im Dezember 1989 in San José verkündete Azconas' Außenminister, die Demobilisierung sei Angelegenheit der USA, nicht von Honduras.

Innenpolitisch wird die Contra-Präsenz totgeschwiegen. Proteste und Beschwerden von durch Diebstähle und Vertreibung vom Land betroffene Bauern werden unterdrückt, denn die USA läßt sich die "Duldung" ihrer Contra einiges kosten, wovon insbesondere die honduranischen Militärs profitiert haben. Doch in der Folge der Wahlen in Nicaragua wird die USA gezwungen sein, ihre Zentralamerika-Politik zu modifizieren. Mit dem in greifbare Nähe gerückten Ende der Contra verliert Honduras als Militärbasis für die Vereinigten Staaten an Bedeutung. Wenn damit eine Verringerung der US-Unterstützung an das honduranische Militär einhergeht, könnte dies einiges im labilen Kräftegleichgewicht des Landes durcheinanderbringen. Derart entstehende politische Spielräume wird die neoliberale Regierung Callejas wahrscheinlich aber kaum für eine alle Honduraner einbeziehende Politik oder Schritte zur Wiederherstellung der Souveränität des Landes nutzen.

Dirk Hoffmann



Im Folgenden dokumentieren wir einen - leicht überarbeiteten Abschnitt aus dem im September '89 verfaßten Aufsatz "Hypothesen zu den Allgemeinen Wahlen von 1989" von Ernesto Gálvez M. Der Autor, Professor für Sozialwissenschaften an der Nationalen Universität in Tegucigalpa (UNAH) analysiert darin Wahlkampf und Parteiführung der beiden traditionellen Parteien sowie die Persönlichkeit und Chancen ihrer Präsidentschaftskandidaten.

Fußball als ideologisierendes Medium und Instrument der Politik

Ich glaube, man kann gut sagen, daß der Fußball in Honduras alle Probleme des Landes "regelt".

Wenn Honduras beliebtester Fußball-Club "Olimpia" ein Spiel gewinnt, ist ein soziologisch interessantes Phänomen zu beobachten: Die Massen werden von einer Art emotionaler Trance erfaßt. In diesem Zustand scheint ihnen dann alles positiv, was um sie herum geschieht, oder aber die Fußballfans klinken sich einfach aus aus einer für sie erdrückenden sozio-ökonomischen Realität.

In diesen Augenblicken der kollektiven Euphorie, des Triumphalismus, der Unbesiegbarkeit usw. sind eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, die gegen das Wohl des Volkes gerichtet sind: so zum Beispiel Preiserhöhungen, das Vertuschen von Korruptionsfällen oder Angriffe auf die nationale Souveränität. Diese werden vom Volke nicht in ihrer wahren Dimension erkannt, eben weil es in jenen Momenten abgelenkt ist von der Freude über den Triumph einer Fußballmannschaft.

Und wenn der Fan selbst im Fußballstadion "Kolosseum" (dieser Begriff paßt genau in den Kontext, von dem wir hier reden) war, ist sein Sublimationszustand noch größer, da er während des Spiels all seine Frustrationen und Ängste des realen Lebens abreagieren konnte. Nun gut, über dieses Thema ließen sich noch weitere Betrachtungen, kulturellen oder ideologischen Charakters anschließen. Aber was uns jetzt interessiert, ist zu analysieren, in welcher Art und Weise die Sympathien für das populärste Fußballteam des Landes von dem Kandidaten der Nationalen Partei Rafael Leonardo Callejas genutzt werden konnten.

Es ist weithin bekannt, in welcher enger Beziehung Callejas zur "Olimpia"-Mannschaft - und auch zur Leitung des Nationalen Fußball-Verbandes - steht. Mehr noch, man kann feststellen, daß das Ausüben von Leitungsfunktionen im Bereich eben dieser Sportart einen Großteil des öffentlichen Ansehens des genannten Kandidaten ausmacht. Callejas' Image als "Sportsmann" hat ihm viele Stimmen eingebracht, ausgehend von sportlichen Sympathien. Dies ist auch überhaupt nicht verwunderlich, wenn man den

geringen Bildungs- und Bewußtseinsgrad der Mehrheit der honduranischen Wähler betrachtet, deren politische Meinung und Entscheidung mehr eine Produkt von Subjektivismus ist als einer objektiven Analyse der Realität entspringt.

Als Fazit könnte man sagen, daß sich die scheinbare Trennung von Sport und Politik in Honduras aufgelöst hat. Es ist offensichtlich geworden, welcher großen Einfluß die Sympathien der Mehrheit der Fans einer Fußballmannschaft auf das Abschneiden eines Kandidaten für die Präsidentschaft haben kann.

Dieser Kandidat ist sich dessen vollumfänglich bewußt und es ist möglich, daß er sich mit diesem Wissen schon seit langem bemüht hat, gezielt ein Image aufzubauen. Und wie es sich gezeigt hat, ist ihm das auch gelungen.

D.H.

Quelle: Ernesto Gálvez M.: Hipotesis en torno a las elecciones generales de 1989" in: "Ciencias Sociales", Juni-Dezember 1989, UNAH, Tegucigalpa

REZENSION

Von der Bananenrepublik zum Flugzeugträger

"Honduras - state for sale" des Latin American Bureau (LAB) in London bietet eine hervorragende Gelegenheit, Einblicke in die militärischen und politischen Kräfteverhältnisse eines wenig beachteten mittelamerikanischen Landes zu gewinnen. Richard Lapper und James Painter gelingt es in einer klar strukturierten Darstellung, die Schritte in der Entwicklung Honduras hin zur heutigen "Pentagon republic", dem Manöver- und Aufmarschgebiet der USA und Kampfplattform der Contra, zu schildern.

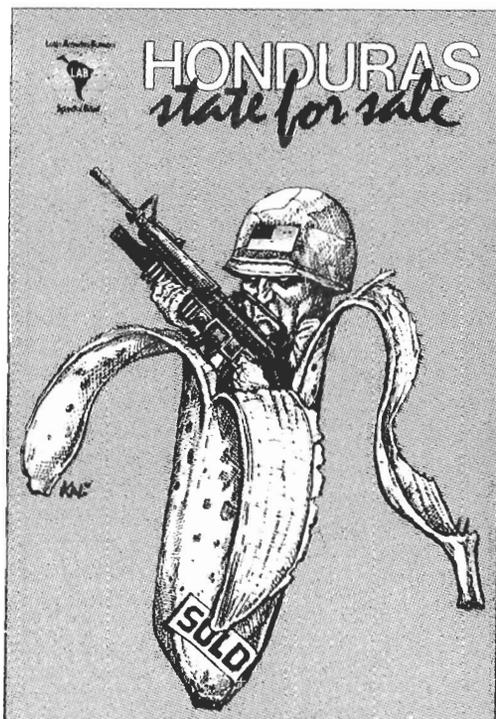
Ausgehend von der nicht vollzogenen "Liberalen Revolution" Ende des 19. Jahrhunderts und dem damit verbundenen Fehlen einer starken Oligarchie wurde Honduras unter der Kontrolle US-amerikanischer Konzerne in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zur Bananenrepublik par excellence, argumentieren die Autoren. In den anschließenden Kapiteln über das Entstehen der Arbeiterklasse nach dem zweiten Weltkrieg, deren Dominierung durch US-Gewerkschaftsorganisationen, das Erstarken des Militärs, deren steigende Ausrichtung und Abhängigkeit von den USA, begrenzte Reformen in den 50er und 60er Jahren (inklusive drei Ansätze einer Landreform) unterbrochen und gefolgt von Militärdiktaturen, machen Lapper und Painter die relative Leichtigkeit verständlich, mit der zunächst Carter (ab 1979) und dann verstärkt Reagan (ab 1981) das Land zu ihrem überdimensionalen "Flugzeugträger" ausbauen konnten, um ihren Krieg gegen die Sandinisten zu führen.

Klar und plastisch - und auch auf Englisch gut lesbar - wird die jeweilige Kräfteverteilung zwischen Wirtschaft und Politik, Armee, Bauern- und Arbeiterbewegung und den Vereinigten Staaten aufgeschlüsselt. Die Kapitel sind kurz und übersichtlich gehalten und werden zusätzlich mit Dokumenten und Fotos und persönlichen Berichten Betroffener aufgelockert.

Durch eine kurze Chronologie der honduranischen Geschichte, die knappe Charakterisierung der Parteien und Gewerkschaften sowie eine Liste aller US-Manöver und der wichtigsten Länderdaten wird das Buch auch nützlich zum Nachschlagen.

Die Darstellungen von Lapper und Painter brechen mit einem Ausblick auf die Wahlen von November 1985 ab; die ganze Legislaturperiode des liberalen Präsidenten José Azcona Hoyo bleibt also unberücksichtigt. Dies ist zwar bedauerlich, aber kein schwerwiegendes Manko, hat sich doch in den letzten vier Jahren strategisch so gut wie nichts geändert in Honduras. So ist "Honduras - state for sale" eine noch immer gültige umfassende Grundlage für das Verständnis heutiger honduranischer Politik.

Dirk Hoffmann



Richard Lapper, James Painter: "Honduras-state for sale", Latin American Bureau, London 1985.

Zu beziehen bei:
LN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

KUBA

»Socialismo o Muerte«

Die Veränderungen im sozialistischen Lager haben auf Kuba zu einer Neubesinnung auf die eigenen Kräfte und die welthistorische Bedeutung des kubanischen Wegs zum Sozialismus geführt. In einer Gedenkfeier für die in Angola gefallenen Internationalisten rief Fidel Castro am 7.12.89 die Kommunisten in aller Welt zur Verteidigung des Sozialismus auf. Wenn das Schicksal Kuba dazu bestimme, der letzte Verteidiger zu sein, werde es dies "bis zum letzten Blutstropfen" tun. Denn Kuba hätten nicht sowjetische Panzer den Sozialismus beschert, sondern das Volk habe ihn sich selbst erkämpft.

Schon im "Proceso de Rectificación", seit 1986 eingeleiteten Kurskorrekturen mit Festhalten an Planwirtschaft und Rekurrieren auf die moralischen Werte der Revolution im Sinne Che Guevaras, hatte Castro auf die Unterschiede zur sowjetischen Perestrojka hingewiesen. Veränderungen wie in der Sowjetunion seien in Kuba wegen der geostrategischen Nähe zur USA nicht möglich. Außerdem habe es keinen Stalinismus mit Zwangskollektivierungen und keine Nationalitätenprobleme gegeben. Anlässlich des Besuchs Gorbatschows in Havanna im April 1989 wurden die Fronten erneut abgesteckt. Gorbatschow monierte lediglich Disziplin- und Qualitätsmängel in den bilateralen Beziehungen. Für die Verbesserungen des Außenhandels schlug er Gemeinschaftsunternehmen, Forschungs- und Projektkollektive, vor allem Kooperation im Maschinenbau, in der Herstellung von modernen Geräten, Funk- und Fernstechnik vor. Das würde Kubas Rolle im Rahmen des COMECON, in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und in Lateinamerika stärken. Auch im Zeitalter der Hochtechnologie berge der Sozialismus grenzenlose Möglichkeiten, die genutzt werden müßten. Trotzdem ist Perestrojka - auch nach dem Verbot von "Sputnik" und "Novedades de Moscú" - auf Kuba eine Sammelutopie für Veränderungen in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus.

Vorerst jedoch haben Korruption, Bürokratentrust (260 000 Angestellte auf 10 Mio Einwohner), der "für jede Lösung ein Problem hat" (E.Galeano), Arbeitsunlust und Jugendprobleme zugenommen. Auch ständige Revirements in den Ministerien können nicht über das Grundproblem erstarrter Strukturen hinwegtäuschen, die auch nicht durch noch mehr Kontrolle sowie Kontrolle der Kontrolleure zu beheben sind.

Nach dem statuierten Exempel gegen die "Cuban Connection" um General Ochoa, den ehemaligen Oberkommandierenden der kubanischen Truppen in Angola und "Helden der Republik", der mit vier anderen Hauptangeklagten im Morgengrauen des 13.7.89 hingerichtet wurde, schien die "Reinheit der Revolution" (Staatsanwalt Brigadegeneral Escalona) gewahrt. Der Verrat an Fidel, "unsere Stimme, unsere Vertretung, zu dem wir in schwierigen Augenblicken unsere Zuflucht nehmen", schien gerächt. Die durchweg moralische Argumentation gegen die Korruption hoher Militärs und ihren Verrat an den Idealen der Revolution war auch ein Warnschuß vor den Bug der kleinen und großen Schmuggler und Schwarztaucher ("jineteros").

Für die vielbehaupteten Machtkämpfe in der kubanischen Staatsführung fehlten den Drogenhändlern offensichtlich Rüstzeug und Basis. Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurde wegen Korruption und Amtsmissbrauch auch der ehemalige kubanische Innenminister General José Abrantes Fernández zu 20 Jahre Haft verurteilt; sechs weitere hohe Funktionäre erhielten Gefängnisstrafen.

Denn mit Hilfe einer Abteilung im Innenministerium für Embargoimporte ließ sich der als High-Tech-Ware deklarierte Stoff in Plastiksäcken über kubanische Gewässer mühelos abwerfen. Schnellboote von Exilkubanern aus Florida sorgten dann für den Weitertransport. Auf Konten in Panama stellte die kubanische Regierung



Unzertrennliche Freundschaft - Gestern

weitere 200 000 Dollar sicher, die Ochoa in Angola durch das Verschieben von Diamanten und Elfenbein gedealt hatte. Damit bestätigten sich - trotz aller vorherigen Dementis Fidel Castros - die seit 1982 geäußerten Vorwürfe der US-Regierung, Kuba sei eine wichtige Zwischenstation im internationalen Drogenhandel in die USA.

Seitdem ist die Front wieder nähergerückt: der Einmarsch der USA in Panama, der Malta-Gipfel mit dem Druck Bushs auf Managua und Havanna, der geplante Fernsehsender Tele-Martí in Miami und die Diskussion um die Zukunft des COMECON belasten das primär agrarorientierte Drittweltland Kuba noch mehr. Die Verschlechterung der Versorgungslage - selbst in der Grundversorgung auf die "libreta" gibt es Engpässe - hat zur Zunahme des Schwarzmarktes geführt. Die kubanischen Auslandsschulden belaufen sich gegenwärtig auf 6.8 Milliarden Dollar; die Schulden gegenüber den COMECON-Partnern sind unbekannt.

Mit Orangen gehandelt

Die ersten für Kuba negativen Folgen in der Außenhandelspolitik mit sozialistischen Ländern zeigten sich nach der ungarischen Wirtschaftsreform. In einem Kommentar zu einem Vertragsabschluß über die Lieferung von Lastwagen aus Ungarn an Kuba warf das KP-Organ "Granma" den sozialistischen Brüdern und Schwestern vor, sich nicht an die Regeln der "gerechten" Handelspolitik eines "entwickelten sozialistischen Landes" gegenüber einem sozialistischen Staat der "Dritten Welt" zu halten. Denn die ungarische Firma Szekesfehervar hatte im Zuge der neuen Unternehmerautonomie den Preis für ihre Ikarus-Busse um 20% erhöht und Cash in harter Westwährung verlangt. Und wenn in der DDR Weihnachten 1989 mehr spanische als kubanische Apfelsinen zum Verkauf angeboten wurden, nimmt das schon für Kuba wirtschaftsstrukturell einschneidende Veränderungen vorweg.

Es gibt Stimmen, die meinen, daß sich die kubanischen Wirtschaftsbeziehungen künftig mehr nach Westeuropa und Lateinamerika orientieren müßten, daß aber auch eine kontrollierte Wiedereinführung des ambulanten Handels und der privaten Bauernmärkte in Erwägung gezogen werden müsse, um Versorgungsengpässe zu lindern. In der kubanischen Zukunftsrechnung spielt auch der Tourismus trotz seiner ideologisch negativen Folgen eine große Rolle. Gegenwärtig bringen 1/4 Millionen Touristen (darunter 30 000 Westdeutsche) aus kapitalistischen Ländern 130 Millionen Dollar jährlich; diese Zahlen sollen in wenigen Jahren verdoppelt und verdreifacht werden.



... und heute?

Vor den Toren Havannas zeigt die ständige Expo-Cuba den Weg des Landes in das Zeitalter der Computer und der Hochtechnologie. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Inter Press Service (ips) haben schon 140 westeuropäische und japanische Firmen in Havanna eine Vertretung, u.a. Alfa-Laval, Ciba-Geigy, Castrol, Volvo, Mitsubishi. Auf jeden Fall wird die wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas von den kapitalistischen Ländern wachsen, trotz der Versuche, politisch und wirtschaftlich mit China an die Zeiten vor der Spaltung des kommunistischen Lagers anzuknüpfen.

Die Großmannssucht der USA, die Auswirkungen der Blockade und die Veränderungen im sozialistischen Lager werden die 90er Jahre für das kubanische Volk noch schwieriger werden lassen. Die schmale Gratwanderung zwischen der sprunghaft wachsenden USA und ständigen Apellen an die Opferbereitschaft der Bevölkerung kann zum Kollaps führen. Das Schicksal des Landes wird sich erst bessern, wenn es mit den USA zu einem Agreement kommt – aber wie hoch mag der Preis sein?

Martin Franzbach

FILM



Lateinamerikanisches Kino auf dem Festival von Havanna

Das 1979 ins Leben gerufene "Festival Internacional del Nuevo Cine Latinoamericano" jährte sich im Dezember 1989 zum 11. Mal – mit Julio García Espinosa als Präsident und Pastor Vega als Generaldirektor, beide vom kubanischen Filminstitut ICAIC. Geboten wurden rund 200 Kinofilme und über 400 Video- und TV-Filme aus Lateinamerika oder zum Thema Lateinamerika. Im Kino-Wettbewerb liefen jedoch nur 20 Filme, denen eine 28-köpfige Jury (hauptsächlich lat. amerikan. Regisseure; in der Riege der Filmkritiker Michael Kötz aus der BRD – siehe Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 9. Jan. 90) und ca. 60 akkreditierte Journalisten gegenüberstanden; das sehr kinofreudige kubanische Publikum nicht zu vergessen, das den 13 Festival-Kinos in Havanna zuströmte. "Schwarze Korallen" wurden zum Schluß an die 40 vergeben (Video und TV inklusive).

Um es gleich vorwegzunehmen: mit westeuropäischen Filmfestivals ist das von Havanna nicht zu vergleichen. Die gezeigten Filme sind z.T. schon bis zu fünf Jahre alt, und der ästhetische und inhaltliche Anspruch war jedenfalls dieses Jahr sehr niedrig – laut "Bohemia" der niedrigste bisher. Dennoch sollte man/frau dieser für das lateinamerikan. Kino äußerst wichtigen Einrichtung und der aktiven Rolle der Kubaner dabei nicht vorschnell Unrecht tun: a) gab es schon wesentlich interessantere Festivals in Havanna als das von 1989, b) liegt seine eigentliche Bedeutung weniger im Wettbewerb als im Zusammentreffen, Kontakte knüpfen, Erfahrungsaustausch und in der Impulsgebung für die Vertreter der lateinam. und internationalen Kinowelt, und c) hat die schlechte Qualität der Filme auch klar ersichtliche Gründe.

Krise des lateinamerikanischen Films hält an

- Gesetze und Bestimmungen in den einzelnen Ländern behindern die Produktion und den Erfolg einheimischer Filme, statt sie zu fördern. Ausländischen, vor allem US-Filmen, dagegen wird Tür und Tor geöffnet.

Der argentinische Regisseur Eliseo Subiela beklagte sich in einem Brief an den damaligen Präsident Alfonsín bitter darüber, daß unter den gegebenen Umständen die Emigration für einen argentinischen Regisseur die einzige Perspektive darstellt, wenn er von seiner Arbeit auch leben können will. Leeres Filmmaterial (das importiert werden muß!) wird im Gegensatz zu bespielten Filmen ausländischer Herkunft hoch besteuert; es gibt kein Geld für Promotionarbeit; usw.

Ähnlich äußern sich Cineasten aus Kolumbien, Venezuela, Peru, Mexiko. Auch Brasilien, das vor Jahren noch 90 Filme pro Jahr produzierte, kam 1989 nur noch auf zehn; Venezuela sogar nur auf einen, der in Havanna zu sehen war ("El Mestizo") - Prädikat: ärgerlich.

- Die mangelhafte Werbung für einheimische Kinofilme hat ein schwaches Publikumsinteresse zur Folge, und dieses wiederum verschwindend geringe Einnahmen. Natürlich wird von US-Firmen auch einiges dazu getan, daß der status quo sich nicht verändert. In Brasilien kommen rund 70 % der gezeigten Filme aus dem Ausland, und davon 95 % aus den USA. Viele einheimische Regisseure geben dann auch dem vorherrschenden US-Geschmack nach. In Havanna waren einige Beispiele solcher Produkte aus Sex, Crime und Gewalt, und auch bourgeoise Langweiler mit verklemmter Erotik, zu sehen.
- Die Verschuldungskrise der Länder verschärft die ungünstige Lage der Filmindustrie, indem Kulturmittel gestrichen statt erhöht werden.
- Ungünstig auf das Festival von Havanna mag sich auch der Umstand auswirken, daß ganz kurz vorher (ab 25. November) in Huelva/Spain ein Festival mit gleicher Thematik stattfindet, wo vielleicht die besseren Filme hingegeben werden, die dann nicht rechtzeitig in Havanna eintreffen.
(Den "Goldenen Kolubus" erhielt in Huelva der Film "Juliana" aus Peru; die "Silberne Caravelle" "Ultimas imágenes del naufragio" von Subiela aus Argentinien, der auch in Havanna prämiert wurde).

Institutionen zur Filmförderung

Um der Krise entgegenzuwirken, wurden - mit den Kubanern als treibender Kraft - in den letzten Jahren folgende Selbsthilfeorganisationen gegründet:

- Fundación del nuevo Cine latinoamericano (FnCl)

mit G. García Márquez als Präsidenten und Cineasten aus über zwanzig Ländern, gegründet 1985 auf dem siebten Festival in Havanna. Ziele: Erhaltung des kulturellen Erbes der Völker; Stärkung des lateinamerikanischen Kinos durch gegenseitige Solidarität: Aufbau gemeinsamer Archive und Cinematographien, Verleih von technischem Equipment, Koproduktionen untereinander, gemeinsame Promotionarbeit, Gründung von Filmclubs, Preisverleihungen, Kontakte zu Regierungsstellen u.a. Einrichtungen.

- Seit dem ersten Festival gibt es in Havanna eine Film-börse, wo z.B. 1989 ca. 150 Ankauf-Firmen (darunter ZDF u.a. westeurop. Fernsehanstalten) die Wahl aus dem Angebot lateinamerikanischer Produzenten wie Argencine, Pelmex, Embrafilms (Bras.), Foncine (Venez.), ICAIC etc. haben.
- Aus der Tagung des Foro Iberoamericano de Integración Cinematográfica in Caracas im November 89 ging der Mercado Común del Cine Latinoamericano (MECLA, Gemeinsamer Markt des lateinamerikanischen Kinos) hervor. Der MECLA ist eine Einrichtung, die den multinationalen Charakter der Filmproduktionen ihrer Mitglieder unterstreicht, indem sich diese gegenseitig die Aufführungsrechte für ihre Filme verleihen. Der Trend zu Koproduktionen wird nochmals betont. Der MECLA will auch auf anderen internationalen Märkten als Einheit auftreten. Vierzehn Länder gehören ihm an.
- Schließlich darf die seit Dezember 1986 existente Escuela Internacional de Cine y TV (EICTV, auch "Escuela de tres mundos" genannt) nicht unerwähnt bleiben, die unter dem Vorsitz von García Márquez und Fernando Birri (Argentinien) junge Regisseure heranbildet - unter bisher künstlerisch sehr freien Bedingungen, deren Ergebnisse dem kubanischen Staat mehr und mehr zu missfallen scheinen. So klagen die Schüler über Zensur in Cuba; und ihre Filme waren, außer einem, auf dem Festival von 89 nicht zu sehen.

Mit den Maßnahmen dieser Institutionen mag zwar die Krise etwas gelindert, der totale Zusammenbruch verhindert werden, lösen können sie die Probleme aber nicht.

Die Krise des Kinos hat eben auch ganz klar eine politische Dimension, und das sowohl in den kapitalistisch regierten Ländern als auch in Cuba: Wenn in den ersteren die US-Übermacht als Hemmschuh wirkt, so bremst in Cuba die Übermacht sturer Parteiideologie die Entfaltung filmischer Kreativität und/oder deren Publizität.

Helga Fröbel

Alejo Carpentier zum Kino

Vom kubanischen Altmeister Carpentier ist die Neuauflage seiner Schriften zum Film erschienen, unter dem Titel:

Letra y solfa. Cine.

Hrsg. von Raimundo Respall Fina

Verlag "Editorial Letras Cubanas", Havanna.

Es handelt sich um Texte aus den Jahren 1951-59, die Carpentier für die venezolanische Zeitung 'El Nacional' schrieb. Sicher auch für moderne Cineasten aller Länder ein lesenswertes Buch, ebenso für Leute, die sich mit Carpentiers Romanwerk befassen. Und ein Vorbild für guten Journalismus! Leider ist dieser Titel im kubanischen Buchhandel bestimmt nicht in so vielen Exemplaren erhältlich wie Fidels gesammelte Reden oder wie das Werk "Der junge Erich" aus dem deutschen (Ex-)Bruderland.

PERU

Sendero versus Fortschrittsmythos

Schrecken ohne Ende scheint die nähere Zukunft Perus zu bestimmen, das Land steht nah am Zusammenbruch. Zwischen den immer stärker werdenden politischen Extremen hat sich der Spielraum für einen demokratischen Ausweg aus Krieg und Krise fast auf Null reduziert.

Der peruanische Anthropologe und Sendero-Kenner Carlos Iván Degregori analysiert die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und die Aussichten für die weitere Entwicklung in Peru. Das Interview fand im Anschluß an einen Vortrag Degregoris im Dezember 89 in Berlin statt.

LN: In deinem Vortrag sprachst Du davon, daß 1988 eine neue Phase der peruanischen Geschichte beginnt. Was charakterisiert die Zeit bis 1988, und was ist ab diesem Zeitpunkt neu?

Degregori: Bis 1988 war die peruanische Geschichte durch zwei Protagonisten gekennzeichnet: die soziale Bewegung und die politische Linke. In den 70er Jahren entstand ein ganzes Netz von sozialen Organisationen, die entscheidend an der Beendigung der Militärherrschaft beteiligt waren. Auf der Grundlage der Stärkung dieser Organisationen formierte sich eine ziemlich radikale politische Linke, vor allem in der "Izquierda Unida" (IU - Vereinigte Linke). In den 80er Jahren war die peruanische Linke außerordentlich stark. Die Rechte gewann zwar die Wahlen von 1980, befand sich aber durch die ganzen 80er Jahre in der Defensive. Die Hoffnungen der 80er, u.a. manifestiert in der Wahl Alan Garcias mit seinem Reformer-Image zum Präsidenten 1985, wurden mehr und mehr frustriert. Das liegt zwar einerseits an der umfassenden Krise der Gesellschaft, aber auch an der Unfähigkeit der beiden scheinbar linken Protagonisten, die Krise zu bewältigen.

LN: Woran scheiterte die Linke?

D.: Eine linke Strategie in Peru kann weder nur eine Strategie der Machtübernahme durch bewaffneten Kampf wie in Nicaragua, noch eine nur auf das Regieren nach gewonnenen Wahlen ausgerichtete Strategie sein. Die Linke hat das interne Problem des Avantgardismus. Die dogmatischen avantgardistischen Parteien sind traditionell stalinistisch und haben an den Universitäten großen Einfluß. Die Massen werden durch die Apparate ersetzt durch ein Verständnis, in dem die Partei immer Recht hat. Die Vorstellung

von der Notwendigkeit von Wahlen mit Demokratie und politischen Freiheiten, aber auch von Massenorganisationen zur Konstituierung der Macht des Volkes gewann Raum in der Linken bis hin zur Infragestellung der Zwangsläufigkeit des bewaffneten Kampfes. Dieser Fortschritt gelangte aber vor allem aus ideologischen Gründen nie konsequent zur Anwendung.

Die beiden Extreme in der Offensive: FREDEMO und Sendero

Woran scheiterte die Linke? Weil sie nicht in der Lage war, Izquierda Unida von einem Wahlbündnis zu einer revolutionären Front der Massen zu machen. Zur Entwicklung einer Strategie der Regierung und der Macht wäre eine IU als Front der Massen nötig gewesen. Die Linke hat zwar Fortschritte in ihrem Demokratieverständnis gemacht, aber hier lag die Grenze und das nicht nur aus ideologischen Gründen. Eine politische Klasse im Embryonalzustand hat sich entwickelt, die beginnt, die Angst vor den Massen zu haben und ihre Positionen zu verteidigen.

LN: Und nun zur aktuellen Situation nach 1988: wer sind gegenwärtig die politischen Machtfaktoren, und worauf gründen sie ihre Macht?

D.: Die Protagonisten der peruanischen Politik sind nach wie vor FREDEMO, APRA, IU und Sendero. Die beiden Extreme befinden sich gegenwärtig in der Offensive: FREDEMO und Sendero.

FREDEMO: Frente Democrático - Demokratische Front:

Bündnis der rechten Parteien mit Mario Vargas Llosa als Präsidentschaftskandidat.

APRA: Alianza Popular Revolucionaria Americana - Revolutionäre Amerikanische Volksallianz: Regierungspartei Alan Garcías.

IU: Izquierda Unida - Vereinigte Linke: Mitte-Links-Bündnis, im Moment alles andere als vereinigt.

Sendero Luminoso: Kommunistische Partei Perus - Leuchtender Pfad

Die Linke gerät mit der Krise der sozialen Organisationen, ihrer sozialen Basis, selbst in die Krise. Auf der anderen Seite ist die Bourgeoisie so stark wie selten zuvor. Mit der Krise stiegen ihre Gewinne außerordentlich an, was natürlich auf der politischen Ebene Auswirkungen hat. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Stärke und der Schwäche von APRA und politischer Linken baut sich die Rechte seit 1987 auf, mit Mario Vargas Llosa als international renommierter Führungsfigur.

LN: Liegt die Stärke der Rechten nur in der Schwäche der Gegner oder besitzt sie ein attraktives politisches Projekt?

D.: Die Rechte hat ein für Peru neues politisches Projekt, das

FREDEMO nimmt auf, was die Linke vernachlässigt...

neoliberale Projekt des "wir können alle Unternehmer sein". Die Zukunft des Landes liege darin, ein authentisch kapitalistisches Land zu sein. FREDEMO nimmt damit bestimmte Anliegen breiter Massen auf, die von der Linken immer vernachlässigt wurden. In gewisser Weise stimmt es, daß in den Massen ein unternehmerischer Geist existiert. Das Bild der Linken von den Massen war zu klassenorientiert, zu traditionell mit dem Bild des kämpfenden Arbeiters oder der verelendeten Slumbevölkerung. Es gibt bei den Massen einerseits das Bedürfnis nach kollektiver Organisation, aber auch das nach Eigeninitiative. Die Linke sah nur den Aspekt "kollektive Organisation", während die Rechte den Aspekt der Eigeninitiative für sich vereinnahmt.

LN: Ist der Wahlsieg Vargas Llosas so sicher, wie es vielfach erscheint? Wo liegen die Schwächen der Rechten?

D.: Vargas Llosa will mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang gewinnen. Ich glaube nicht, daß er es schaffen wird, denn bei den Kommunalwahlen war das Ergebnis für FREDEMO schlechter als erwartet. Er wird im Parlament Koalitionen suchen müssen.

Aber die Rechte hat auch große Schwächen. Vargas Llosa ist kein charismatischer Führer, dazu ist er zu fein, zu distinguiert. Ihm fehlt völlig das Verständnis für Demokratie und Nation im peruanischen Kontext. Außerdem fehlt ihm die tatsächliche Unterstützung der Bourgeoisie. Wenn die Rechte vom koreanischen und taiwanesischen Modell redet, übersieht sie, daß die dortigen Bourgeoisien zwar autoritäre Ausbeuter sind, aber im eigenen Land investieren und damit auf ihre Weise nationalistisch sind. Die peruanische Bourgeoisie ist anders. Mal sehen, ob sie ihre in Chile und Paraguay investierten Milliarden zurückbringen, ich glaube es nicht.

LN: Um über Investitionen reden zu können, braucht FREDEMO ein Klima relativer politischer Ruhe. Kann die Rechte den Krieg beenden?

D.: FREDEMO hat kein Konzept gegen Sendero. Eine Alternative zum schmutzigen Krieg und zum Völkermord könnte es nur mit Unterstützung der Massenorganisationen geben. Aber die Rechte hat Angst vor ihnen. Der beste Beweis ist der letzte Streik der Minenarbeiter. Die Minenarbeiter waren bereit zum Dialog, der von den Unternehmern aber strikt abgelehnt wurde. Sendero versucht, an den Minen Einfluß zu gewinnen. Daß Sendero es bis jetzt nicht schafft, liegt am Widerstand der Minenarbeiter gegen Sendero. Aber die Rechte ist unfähig zum Dialog. Stattdessen bekämpft sie die Minenarbeiter und erleichtert damit Sendero die Infiltration.



Immer wieder Schlangestehen...

LN: Gestern hast Du einerseits vom Wachsen Senderos gesprochen, andererseits aber auch davon, daß Sendero an seine Grenzen gelangt. Wie löst sich dieser Widerspruch?

D.: Der soziale Sektor, den Sendero überzeugen konnte, sind vor allem die Intellektuellen und Studenten aus der Provinz. Allerdings konnte Sendero auch in diesem Sektor nur eine Minderheit für sich gewinnen. Mit der Hyperkrise erweitert sich die potentielle Basis Senderos.

LN: Auch in der Stadt, besonders in Lima?

D.: Auch dort seit einiger Zeit, gerade in den "Pueblos Jóvenes". Sendero wächst, aber sein Wachstum beschränkt sich auf Kader. In einer Gewerkschaft mit 500 Mitgliedern gewinnt Sendero vielleicht drei oder vier, aber er erreicht nie die Sympathie breiter Massen. Sendero wächst in Dimensionen von früher ungefähr 3000 auf heute vielleicht 9000 Mitglieder. Für den hohen Organisationsgrad Senderos ist eine Verdreifachung außerordentlich viel, die Kampfkraft steigt enorm. Niemand weiß genaue Zahlen, aber etwa in diesen Größenordnungen bewegt sich Sendero. Andererseits muß man sich vorstellen, daß Sendero die Kapazität haben könnte, 10 - 20% der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Aber das schafft er nicht. Charakteristisch für Sendero ist die

*Elendsviertel in Lima

völlige Abschottung der Partei nach außen, um der Repression zu entgehen. Sie wächst in den genannten Kadern, den sog. "organismos generados", aber das ist noch nicht die Partei selbst. Auf dem Land wächst das "Volksheer" Senderos, aber auch die aktiv Kämpfenden sind nicht notwendigerweise Teil der Partei.

LN: Was Du beschreibst, ist gleichzeitig die Stärke und die Schwäche Senderos. Er ist weniger angreifbar, aber in seinen Ausdehnungsmöglichkeiten eingeschränkt. Stößt Sendero denn nun schon an seine Grenzen?

D.: Das Wachstum Senderos hat strukturelle Begrenzungen, aber seine Entwicklung wird sehr von den anderen Akteuren abhängen. Wenn die Probleme der Verschuldung, des Kokains und der Wirtschaftskrise überhaupt ungelöst bleiben, wird er weiter wachsen. Wenn die Parteien kein politisches Projekt bieten können, wird mit der Hoffnungslosigkeit der Menschen auch Sendero wachsen.

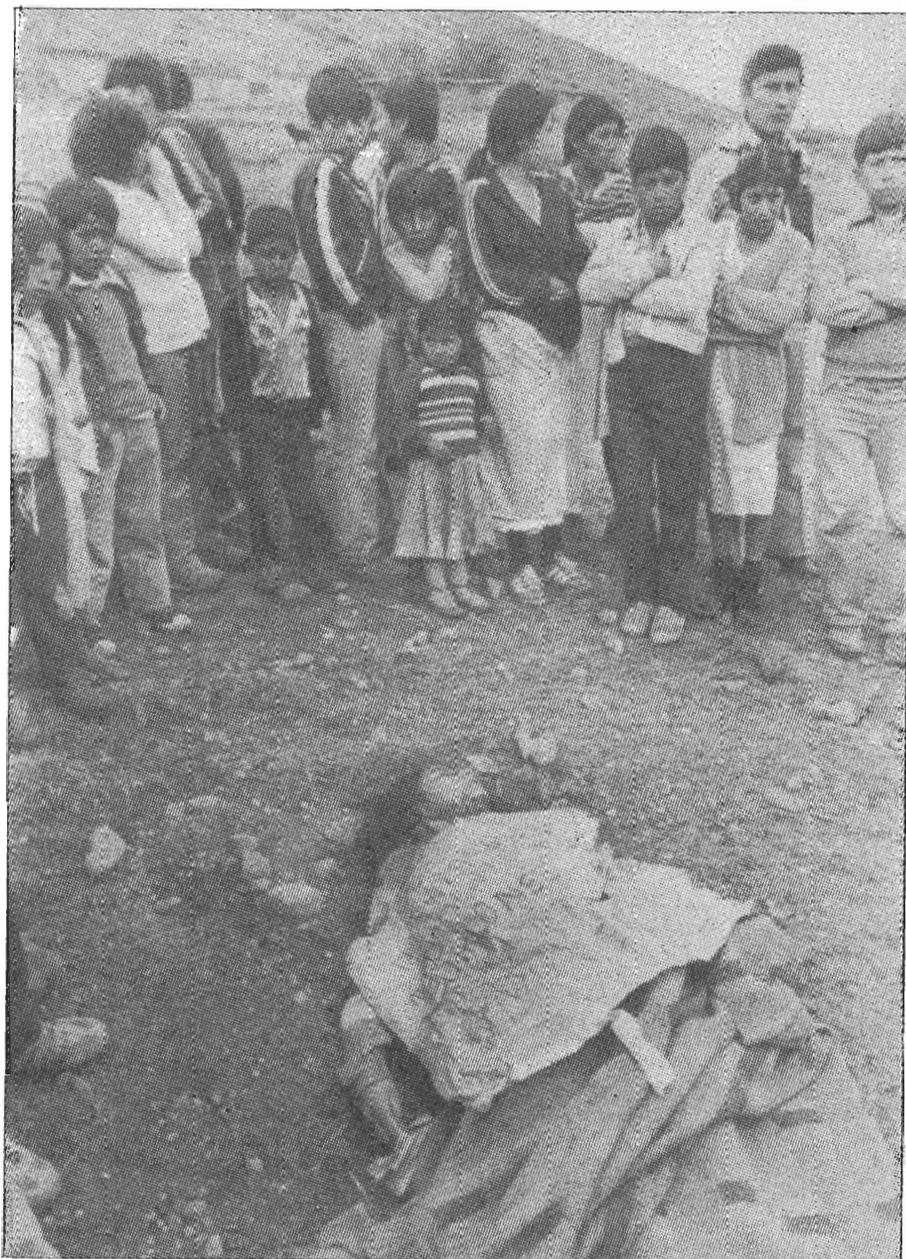
Aber seine strukturelle Grenze liegt in seinem eigenen Projekt, in seiner Ideologie. In früheren Zeiten hätte er mit einem so harten und gewaltsamen Projekt vielleicht diese verzweifelten Massen gewinnen können. Aber heute kommt das Fernsehen via Satellit bis ins letzte Dorf, und die Campesinos haben Kontakt zur Stadt. Das Projekt Senderos wird sich kaum gegen das durchsetzen, was ich den Mythos des Fortschritts nennen würde. In seinen Kadern kann Sendero vielleicht bis auf 50000 Mitglieder wachsen, aber er wird nicht, wie die FSLN 1979 in Nicaragua, die Hoffnungen des Volkes auf sich vereinigen können.

LN: Aber Pol Pot in Kambodscha konnte auch mit relativ wenigen straff organisierten Kadern die Macht an sich reißen.

D.: Die internationale Situation ist anders. In Peru würde eine Entwicklung wie die in Kambodscha nicht zugelassen werden. Wie kann es weitergehen? Der Krieg kann intensiver werden. Das, was die USA Krieg niedriger Intensität nennen, kann zeitweise zu

Die totale Paralyisierung des Staates wäre der größte Erfolg für Sendero

einem Krieg mittlerer Intensität werden. Ausländische Truppen können eingesetzt werden usw.. Sendero wird nicht die Macht übernehmen können, aber sein größter Erfolg kann die totale Paralyisierung des politischen Systems und des Staates insgesamt sein, bis die Menschen ein autoritäres Regime fordern werden. Die Menschen haben Angst, und ihr Deutschen wißt, was passiert, wenn die Menschen Angst haben. Diese Stimmung ist schon jetzt spürbar.



Kein Ende des Krieges abzusehen: ein Opfer Senderos

LN: Aber eine an die Macht geputschte Militärregierung hätte doch im Moment keine Chance?

D.: Im Moment nicht. Ein Putsch würde wohl nach dem Scheitern der nächsten gewählten Regierung stattfinden. Noch sind weder die internen noch die externen Bedingungen für einen Putsch gegeben, aber wenn die nächste Regierung scheitert, oder eine Situation des Zusammenbruchs eintritt, werden die Militärs einschreiten müssen, obwohl sie nicht wollen.

LN: Nach unserem Eindruck haben die Militärs kein Interesse an der Regierungsübernahme in einer so chaotischen Situation, weil sie die Macht de facto bereits besitzen, ohne als Regierung für die Politik direkt verantwortlich zu sein.

D.: Die Armee hat zwar die Macht in den Gebieten unter Ausnahmezustand, hat aber gleichzeitig eine Wut auf die unfähigen Zivilisten im Regierungspalast in Lima. Sie sagen: wozu sollen wir die Drecksarbeit für Alan Garcia machen? Sie haben nicht die ganze Macht. Das Militär möchte eine umfassende antisubversive Strategie, die es unter Alan Garcia nie wirklich gegeben hat. Es gab mehr blinden Aktionismus, wie z.B. das Gefängnismassaker.

LN: Du hast gestern über den Niedergang des Staates gesprochen. Kannst Du diesen Punkt noch einmal erläutern?

D.: Seit der Hyperinflation besteht eine Unfähigkeit, nicht nur die Wirtschaftspolitik sondern auch die politischen Tagesgeschäfte zu koordinieren und aufrechtzuerhalten. Maßnahmen zur Stabilisierung des Inti gegenüber dem Dollar werden innerhalb

Die Infrastruktur des Landes ist am Zusammenbrechen...

von zwei Wochen ad absurdum geführt. Die Regierung hat ihre politische Legitimität verloren. Die Busfahrer in Lima erhöhen eigenmächtig die Preise. Es dauerte beim letzten Mal mehrere Tage, bis sie wieder den staatlich festgesetzten Preis akzeptierten, und wer weiß, ob sie ihn beim nächsten Mal überhaupt noch akzeptieren werden.

Die physische Infrastruktur des Landes ist am Zusammenbrechen. Die Verkehrsverbindungen und die Lebensmittelversorgung brechen zusammen. Wie in Kolonialzeiten hängen wir davon ab, daß das Schiff mit Mehl ankommt. Aber wenn die Ladung nicht bezahlt werden kann, gibt es eben kein Mehl. Die Beamten bekommen keine Gehälter mehr und treten in den Streik, aber wer im Staatsapparat interessiert sich schon noch für einen Streik? Diese Situation hat keine politische Polarisierung bewirkt, sondern, abgesehen von einigen sehr radikalen Gewerkschaften, eine Entpolitisierung der Massen.

LN: Besonders auf dem Land hat es nie einen starken Staat gegeben. Was heißt dann "Niedergang des Staates"?

D.: Genau dadurch überlebt das Land im Moment. Die Menschen sind sehr flexibel, sich Nischen zur Überlebenssicherung zu erschließen. Verwandtschaftsbeziehungen sind dabei sehr wichtig und nicht zuletzt die Koka. Hunderttausende gehen ins Tiefland und partizipieren auf irgendeine Weise an den Einkünften aus der Koka- und Kokainproduktion. Sie wiederum schicken Geld an ihre Familien und an ihre Comunidades. So verteilt sich das Geld über das ganze Land.

LN: Was also sind die Perspektiven für Peru?

D.: Es kann immer zu einem Putsch im Stil Pinochets oder Argentiniens kommen, was alles noch verschlimmern würde. Schlimmer als dort wäre es nicht unbedingt wegen der Haltung der peruanischen Militärs. Die argentinischen Militärs waren in viel höherem Maße politisch rechtsaußen und faschistisch. Der Unterschied

Der Krieg kann sich bis hin zum Völkermord im Stil Guatemalas entwickeln

liegt in der ethnischen Zusammensetzung des peruanischen Volkes. Indem sich Sendero mit dem Indianischen und Mestizischen identifiziert, wird die blinde Antwort des Staates sein: alle Indios sind Senderisten. Damit würde der Krieg mehr zu einem ethnisch-rassistisch bestimmten bis hin zum Völkermord, mehr ein Krieg im Stil Guatemalas.

Die andere Möglichkeit ist, daß alles so bleibt, wie es ist. Vargas Llosa wird wahrscheinlich Präsident, vielleicht wird es mal besser, dann wieder schlechter, Wahlen werden vorgezogen... Für das Land wäre das fast noch schlimmer, denn der schmutzige Krieg würde hinter der demokratischen Fassade über Jahre weitergehen, während bei einem Putsch wenigstens die Weltöffentlichkeit alarmiert wäre. Für eine andere, demokratischere Alternative fehlen gerade auch auf internationaler Ebene die Voraussetzungen, denn ohne eine veränderte Haltung des Internationalen Währungsfonds geht nichts. Für den bewaffneten Kampf gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit, und ein politisches Projekt zwischen den Extremen ist nicht in Sicht.

Erdmute Alber/ Ulrich Goedeking

KURZNACHRICHTEN

BRASILIEN

Aktion gegen Goldgräber abgebrochen

Die Regierung kann/will die angekündigte Vertreibung der Goldgräber aus dem Yanomami-Gebiet nicht fortsetzen. Der Polizeichef Turma hat den Goldgräbern ein anderes Gebiet angeboten, um sie zu friedlichen Verlassen des Indianergebiets zu bewegen. Mindestens 40 000 Goldgräber (ander Schätzungen sprechen von bis zu 100 000) sind in das Gebiet der Yanomami eingebrochen, verseuchen mit Quecksilber die Flüsse und töten die Indios. Der größte Stamm des Amazonas ist massiv bedroht. An der Ernsthaftigkeit des Regierungsvorhabens gab es von Anfang an Zweifel. Heeresminister Pires hatte erklärt, eine Vertreibung bedeute Bürgerkrieg, außerdem wüschte die Mehrzahl der Indios die Anwesenheit der Goldgräber.

DDR

IGfM-Gruppe in Leipzig gegründet

In der letzten Ausgabe brachten wir ein ausführliches Portrait der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM). Jetzt hat sich auch in Leipzig eine Gruppe dieser zwielichtigen Gesellschaft etabliert und die Bildung wei-

SURINAM

Guerilla vereinigt

Die Guerilla der Toekayana IndianerInnen (siehe LN 187) hat sich mit der "Befreiungsbewegung Mandela", eine Guerilla junger Maroons, zusammengesgeschlossen. Am 5/10/89 kam es zu einem Treffen und zur Formulierung einer gemeinsamen Plattform. Die Forderungen und Aktionen sind, so scheint es, als emanzipatorischer Kampf marginalisierter Regionen (und im Falle Surinams - Ethnien) zu verstehen. Zentrale Zielsetzung ist der Ausgleich der sozialen und ökonomischen Diskrepanz zwischen der Hauptstadt Paramaribo und dem Binnenland sowie strukturelle Voraussetzungen für eine politische Partizipation der Landbevölkerung.

terer Gruppen in der DDR angekündigt. Sie will sich vorrangig um die Probleme der Menschenrechte bestimmter AusländerInnen und die Haftbedingungen in der DDR kümmern, ließ die Zentrale in Frankfurt wissen.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

epd-Entwicklungspolitik 24/89

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse: Tourismus in der Türkei und in Indien/ Lomé IV/ Osteuropa und 3.Welt/ Intern.Ges.f.Menschenrechte/ Interview mit Satish Roopa aus Südafrika. Information: Bericht der Süd-Kommission/ Internationalismus im DGB/ Schlag gegen ökumenisches Projekt in Chile/ Opposition in El Salvador/ Umweltaktionsplan in Madagaskar. Dokumentation: Tourismus in der Karibik und auf Hawaii/ Indiens Zukunft/ Bhopal-Opfer fordern Entschädigung/ DDR und 3.Welt-Solidarität.

envio Nr.100, Oktober 1989

Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1

Wahleinschreibungen der NicaraguanerInnen/ Parteien legen Programme und KandidatInnen fest/ Meinungsumfragen zur Wahl/ Vergleich: die Wahlen 1984 und 1990/ 4.November 1984: ein historischer Tag/ Sowjetischer Außenminister zum Verhältnis UdSSR-Nicaragua.

Bolivia Nr.80, November/Dezember 1989

SAGO, Wittenbergplatz 3 a, 1000 Berlin 30

Hungerstreik/ Ausnahmezustand/ Kommunalwahlen 89/ COB-Kongreß 89/ Zustand der Linken/ Dürrekatastrophe/ Raubbau oder ökonomische Waldnutzung?/ Felle auf den Wegen des Drogenhandels/ Rehabilitationszentrum oder Konzentrationslager?/ Warnke in Bolivien/ Lambada.

ami - antimilitarismus information 1/1990

Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30

NATO-Herbsttagungen/ NATO und Wiedervereinigung/ "Katastrophenschutzergänzungsgesetz"/ BRD-Militärausgaben/ Daimler-MBB-Fusion: was wird aus Haussmanns Auflagen?/ UNO-Verurteilung von BRD-U-Boot-Geschäft/ Die Grünen und die Deutsche Frage/ Doppelbestrafung von Totalverweigerern/ Schweiz: Abstimmung über Armee.

Lateinamerika - Analysen, Daten, Dokumentation, Nr.10

Institut f. Iberoamerikakunde, Alsterglaciis 8,2000 Hamburg 36
Schwerpunkt Ekuador: Sozialdemokraten übernehmen schwere Bürde/ Wirtschaftskonjunktur der 80er Jahre/ Unternehmerschaft unter Febres Cordero/ Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung Borja.

Lateinamerika - Analysen, Daten, Dokumentation, Nr.11/12

Institut f. Iberoamerikakunde, Alsterglaciis 8,2000 Hamburg 36
Schwerpunkt Menschenrechte: Länderberichte aus Kolumbien, Peru, Argentinien und Chile/ Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte und "Verschwundene"/ Menschenrechte in Lateinamerika als Thema für Bundestag und Europäisches Parlament.

EINGEGANGENE BÜCHER

Verlierer der Weltwirtschaft, Lateinamerika Analysen und Berichte 13, Junius Verlag, Hamburg 1989, ISBN 3-88506-213-5

Marie-Theres Albert: Der neue Mensch in Nicaragua, Ein Blick zurück auf zehn Jahre Erziehungs- und Bildungsprozeß, Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1989, ISBN 3-88939-100-1

Autonome Frauenredaktion (Hg.): Frauenbewegungen in der Welt, Bd.2"Dritte Welt", Argument Verlag, Hamburg, 1989, ISBN 3-88619-170-2

Dora Rapold: Die Frauen von San Miguel, edition con, Bremen, 1989, ISBN 3-88526-310-6

TERMINE

Vom Staatshaushalt zur Haushaltskasse

Seminar zu Frauenarbeit, Weltwirtschaft und Verschuldungskrise vom 2.-4.2.90 in 4517 Hilter-Hankenberge. Kontakt: Mechtild Schuchert, c/o KSG Münster, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster, Tel.:0251/40027. Anmeldung bei: AGG (Arb.gem. kathol. Studenten- und Hochschulgemeinden), Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel.:0228/234021

Kuba und Jamaica - zwei karibische Inseln im Vergleich

Seminar vom 2.-6.4.90 in 3100 Celle. Information und Anmeldung bei: Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt, Zur Jägerei 81, 3100 Celle, Tel.: 05086/301

1.Vernetzungstreffen der Brasiliengruppen der BRD

vom 16.-18.3.90 in Freiburg. Anmeldung und Information bei: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/53674

Internationale Friedensbrigaden in Guatemala

Training zur Vorbereitung von Freiwilligen für einen gewaltfreien Einsatz beim Projekt der Internationalen Friedensbrigaden in Guatemala. Vom 25.2.-4.3.90 in der Archegemeinschaft Bonnetcombe, Südfrankreich. Information und Anmeldung bei: Internationale Friedensbrigaden in AGF, Palaststr.3, 5500 Trier, Tel.:0651/43571

Veranstaltungshinweis:

Die Wahl in Chile

Zum ersten Mal seit 20 Jahren fanden wieder Wahlen in Chile statt. Sie endeten mit einem deutlichen Sieg der christdemokratischen Partei, die mit Patricio Aylwin in den nächsten vier Jahren den Präsidenten stellen wird. Auch im neuen Kabinett dominieren die Christdemokraten, die mit einer Mitte-Links-Koalition regieren werden.

Schon bald werden die ersten Probleme auftauchen, wenn die vielen Erwartungen an die neue demokratische Regierung nicht erfüllt werden.

Die Veranstaltung versucht, ein Stimmungsbild der Situation in Chile vor und während der Wahlen zu geben und gleichzeitig die Perspektiven in Chile zu beleuchten. Das Thema Chile ist für die Solidaritätsbewegung keineswegs mit dem Ende der Diktatur erledigt. Schon in den nächsten Monaten werden sich erneut politische Auseinandersetzungen anbahnen, in denen es Stellung zu beziehen gilt.

Mittwoch, 14. Februar 1990 20.00 Uhr

in den Räumen der Lateinamerika Nachrichten
Gneisenastr.2 1000 Berlin 61 (im Mehringhof, 3.Aufg. 5.St.)

Alle LeserInnen der LN sind herzlich eingeladen!

Baires Buchvertrieb

LIBROS EN CASTELLANO

Podir catálogos a:
BAIRES BUCHVERTRIEB
Postfach 10 74 23 -2800 Bremen

WECHSELWIRKUNG



Nr. 43, Dezember 1989

Thema: *Umweltgifte*
Gebt dem Grenzwert eine Chance! – Pestizide im Trinkwasser * Risiko Dioxin – Ein Zusammenspiel von Wissenschaft, Industrie und Behörden * Vom lästigen Salzsäuregas zum Magarinebecher – Die Geschichte des PVC * Pestizideinsatz in Nicaragua – Ein Beispiel für angepasste Technologie *

Weitere Themen:
Autonomie für die Hochschule – Studenten der DDR im Aufbruch * Einsatz von Computern in umweltpolitischen Gruppen * Das Ende der Pionierzeit – Berufsentwicklung von InformatikerInnen und EDV-Fachkräften * Wege zu einer »befreiten« Eugenik – Zur Kontinuität einer diskreditierten Wissenschaft * Probeheft für DM 4,- in Briefmarken bestellen!

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.
Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 28,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)